

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Dokumentation 4

Seite 1 bis 38

Ganze Texte oder Auszüge aus:

	Seite
• Währung und Wirtschaft Hrsg. Ludwig Erhard u.a. Geleitwort	2
Buchbesprechung „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Silvio Gesell	4
• Oswald Hahn: In Memoriam Silvio Gesell	6
• Die neue Soziale Ordnung	8
• Das freiwirtschaftliche Manifest 1932	9
• Freiwirtschaftsbund / Das Programm von Pfingsten 1943	10
• Das Programm der Freiheit / Auszüge / Wurzel der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	15
• Anzeigentexte Ludwig Erhard / Karl Schiller aus der HAZ 1972	21
• Brief an Erhard und Schiller	25
• Manifest der SG formuliert von Karl Walker	28
• Auftakt zur großen Denkpause / von Karl Walker aus: SG Kommentare	33
• Meine persönliche Begegnung mit Karl Walker / von Hanns Linhardt aus der Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker am 5. 12. 1975	35

Währung und Wirtschaft

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber

LUDWIG ERHARD / ERWIN HIELSCHER / MAX SCHÖNWANDT

unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzzeitigen Guppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute kommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni, 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie „sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“ sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung und einzel- gesamt-wirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z. B. über „Inflation und „Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn: gleichermaßen in echtem Eifer, nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden. (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten, ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundlagen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen der Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden, sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt

Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Währung und Wirtschaft

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber

LUDWIG ERHARD / ERWIN HIELSCHER / MAX SCHÖNWANDT

unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

Heft 19, Juni 1950

Irrtum lockert Irrtümer

„Die 'Bibel' der Freiwirte“ neu herausgegeben

Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, i. Auflage, bearbeitet von Karl Walker, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg. 1950. 391 S. kart. 7,50 DM, geb. 10,50 DM, Liebhaber-Ausgabe (auf Holzfr. Papier) 13,50 DM.

Hand aufs Herz: Wer von uns, die wir über sie urteilen und sie zitieren, hat wirklich **Adam Smith, Karl Marx, Silvio Gesell, John Maynard Keynes** gelesen, wer liest wirklich auch nur die BLBEL (von PLATO und AUGUSTIN ganz zu schweigen)?! Wir nehmen Meinungen und Urteile an statt zu den Quellen zu gehen. Daher zum großen Teil die Oberflächlichkeit und Blindheit gegenüber den *wirklichen* Problemen unsres gesellschaftlichen und .wirtschaftlichen Zusammenlebens, die Gebundenheit im *Dogma* und die oft beschämende Unwissenheit. Sie sind wohl auf keinem Gebiet so verbreitet und so verheerend, wie dem des Geldwesens. Von der jeweils herrschenden Meinung abzuweichen, gilt als Verstoß gegen die gute Sitte, als Ketzerei, die nicht vergeben werden kann. Kein Unterschied der politischen Überzeugungen trennt so unerbittlich wie (von beiden Seiten aus) das *Dogma der Geld-Theorie*. Dabei kann es hier weder Offenbarung noch Dogma geben. Wenn schon unsre Vorstellungen von der Natur ständigen Wandlungen unterworfen sind, so dürfen wir von denen unsres geistigen und gesellschaftlichen Lebens erstrecht keine Starrheit erwarten. Sie sind mehr oder weniger brauchbare *Hilfen* und das Beste, was man von einer von ihnen sagen kann, ist daß sie zur Entfaltung der nächsten beigetragen habe. Erinnern wir uns, daß das Weltbild des ARISTOTELES zwar völlig überholt ist, aber doch in seinem Wesens-Kern eine Auferstehung grade in der jüngsten Lehre der Naturwissenschaften fand.

Wer sich damit begnügt, über das *Schwundgeld* von *Silvio Gesell* zu lächeln, sollte sich nicht einbilden, etwas vom Gelde zu wissen und berufen zu sein, anderen etwas über dies „*verflucht und zaubrisch Wesen*“ zu sagen oder gar, es zum Besten seines Volkes oder der Menschheit handhaben zu können. So wie man *Keynes* immer wieder und zwar sehr genau lesen muß um seine Wirkung zu verstehen und die größten Fehler in Theorie und Praxis zu vermeiden, so darf man sich auch nicht mit Meinungen über *Silvio Gesell* oder Auszügen aus seinen Büchern begnügen. „*Die natürliche Wirtschaftsordnung*“ war allerdings lange nicht zu haben. Es ist mehr zu begrüßen, daß sie wieder in vollem Wortlaut vorliegt, ergänzt durch die Vorworte zu den von *Silvio Gesell* selbst besorgten Auflagen, durch - einen Anhang und durch Anmerkungen des Herausgebers *Richard Batz*.

Wer auch nur ein loses Interesse an den Fragen der Wirtschaft und des Geldes hat, muß dieses Buch tatsächlich genau kennen. Gewiß: es enthält viele Fehler und oft seitenlange Stellen ohne grundsätzliche Bedeutung und Interesse. Daß diese nicht fortgelassen wurden, ist zu bedauern, aber erklärlich: grade wenn jemand, der etwas zu sagen hat - und das hat *Silvio Gesell* -, von der Fachwissenschaft nicht ernst genommen wird, erheben seine Anhänger ihn leicht zum Propheten. Aber was die Irrtümer und Fehler betrifft, so werden sie bei weitem aufgewogen durch die *Erkenntnisse und Anregungen*, mit denen dieser eigenwillige Geist ein Gebiet durchdringt, dessen Wesen eben dunkel und wechselnd ist. Was im letzten Jahrhundert sonst über das Geldwesen veröffentlicht wurde, war fürwahr nicht weniger behaftet mit krassen Irrtümern und weit mehr verstrickt in Vorurteile.

Was *Silvio Gesell* wie kein anderer klar erkannt und anschaulich dargestellt hat, sind die *Mängel des* heutigen Geldsystems, mag es an das Gold gebunden sein oder nicht. Die Vereinigung von Zahlungs- und Sparmittel mußte sogar dann zu Störungen des Wirtschaftsablaufs führen, als das Geld noch eine Ware war. Es ist gleichgültig, ob man dabei die Gefahren der *Hortung* des Geldes für größer hält oder die seiner *Enthortung*. Durch beide Willkür-Handlungen des Geldbesitzers wird die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft gestört und die Ergiebigkeit der Arbeit beeinträchtigt. Es ist eine Illusion, bei dem heutigen Geld-System die Spar- und Entspar-Vorgänge (in Geld) durch Kredit-Ausweitung und -Einschränkung kompensieren zu können. Die Geldmengen-Politik ist bei diesem System tatsächlich unwirksam. Bei einem *Schwundgeld* wäre das ganz anders. Aber es würden nicht die Wirkungen eintreten, die *Silvio Gesell* und seine Anhänger erwarten. Der Schwund würde sogar die Eigenschaft als Tauschmittel stören (dasselbe gilt vom „Umlaufs-Antrieb“, der jetzt anstelle des Schwunds empfohlen wird). Schon gar nicht würde durch eine Änderung des Geld-Systems der *Zins* verschwinden. Geld mit Hortungs-Nachteil wäre eine ungeheure Verbesserung der Verkehrswirtschaft - das wirtschaftliche Paradies und die menschliche Freiheit würden dadurch aber nicht herbeigeführt und gesichert

Mag sein, daß die übertriebenen Erwartungen, die *Silvio Gesell* und noch mehr seine Anhänger an die Beseitigung der Sparmittel-Eigenschaft des Geldes knüpfen, daß die tatsächlich falschen Vorstellungen von einer Anspornung der produktiven Arbeitsteilung durch den Wertverlust des Geldes diejenigen abgeschreckt haben, sich ernsthaft mit *Silvio Gesell* zu beschäftigen, die auf jeden Fall das Bestehende für das Beste halten. Wenn man von solchen Maßstäben ausgeht, dürfte man überhaupt kein volks-wirtschaftliches Lehrbuch, am wenigsten aber irgendwelche Darstellungen über das Geldwesen noch ernst nehmen und lesen. In keinem kann man nur Richtiges erfahren, von *Silvio Gesells* „Natürliche Wirtschaftsordnung“ aber doch sehr viel davon. Und vor allem in einer Darstellung, die grade da lesenswert ist, wo sie zum Widerspruch Anlaß gibt, die nirgends die Verbindung mit der Wirklichkeit und die Kraft der Sprache verliert.

Silvio Gesells Lehre darzustellen und in Verbindung zu bringen mit denen anderer Denker, die nicht weniger als er wirklich etwas vom Geld wissen, sie auf ihre Richtigkeit und Brauchbarkeit zu prüfen, ist bisher kaum ernsthaft versucht worden. Es kann auch nicht mit obigen Zeilen unternommen werden. Ihr Zweck ist vielmehr für das aufmerksame Lesen, für das eingehende Studium von *Silvio Gesell* zu werben (so wie in anderem Zusammenhang für das der Werke von *Keynes* oder *Adam Smith* oder *Karl Marx* geworben werden muß um zu einem begründeten und selbständigen Urteil zu führen).

((Wie im Kopftext richtig angegeben ist Karl Walker und nicht Richard Batz der Herausgeber. // Neuauflage in „Silvio Gesell - gesammelte Werke“ WWW.sozialoekonomie.de, TA 2/2001))

ZEITSCHRIFT

für das gesamte

KREDITWESEN

Gegründet von Dr. Walter Hofmann , Fritz Knapp, und Dr. jur. Volkmar Muthesius

Herausgegeben von Johann Philipp Freiherr von Bethmann, Prof. Dr. Wolfram Engels,

Dr. Max Hackl, Dr. Joachim Kleinhaus, Peter Müller, Wolfgang Reuter, Prof. Dr. Günter Schmolders,

Bernhard Schramm, Dr. Kurt Tornier, Dr. Felix Viehoff, Dr. Walther Zügel

Jahrgang -Heft 6 /15. März 1980

IN MEMORIAM

Silvio Gesell

Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schreibt uns: Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Altvorderen vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. Den 250. Todestag von John Law am 21. März 1979 haben wir alle übersehen - eine Unterlassungssünde, die beschämen muß. Man sucht beide Namen - den von Gesell und Law - ohnehin vergeblich in den modernen Lehrbüchern: Otto Veit ist wohl der letzte, der beiden wissenschaftliche Anerkennung zuteil werden ließ, aber auch dessen Name fehlt ebenso in den meisten modernen Büchern, wie auch die Empfehlung des »Grundrisses der Währungspolitik« in den entsprechenden Vorlesungen. Die Wissenschaft im allgemeinen und Kollegen im besonderen sind sehr schnell bei der Hand, wenn es ums Vergessen geht. (Das beginnt in erschreckendem Umfang bereits bei den akademischen Trauerfeiern, die manchen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten unbekannt zu sein scheinen. Solches drängt sich auf, wenn man sich den 85. Geburtstag des vor zwei Jahren verstorbenen Walter Weddigen vor Augen hält - 13. 2. 1895.) Bekannt geworden ist Silvio Gesell als Wissenschaftler - mit den Konzeptionen »Verstaatlichung des Geldes« (1892), »Verstaatlichung des Bodens« (1906), »Zinslose Wirtschaft« und »Schwundgeld« (1911). Die beiden letzten Ideen sind zusammengefaßt im bedeutendsten Buchtitel von Gesell, nämlich der insgesamt siebenmal aufgelegten »Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« (letztmals Lauf, 1949). Erfahrungsobjekt der Studien dieses Geldtheoretikers waren die lateinamerikanischen Inflationen, die Gesell (geboren 1862 bei Malmedy) als Kaufmann in Argentinien (bis 1900) miterlebte, und die Preisschwankungen des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts in Europa. Als die originellste Theorie kann die des Schwundgeldes als Instrument einer Deflationsbekämpfung gelten. Otto Veit ordnet sie als eine der vier

Erscheinungsformen von Indexwährungs-Konzeptionen ein. Es ist eine Ironie, daß die Schwundgeldidee nirgends Bestand hatte, wohl aber die Wirtschaftspolitik aller Industrieländer seit dem zweiten Weltkrieg mit einem faktischen Schwundgeld lebt. Silvio Gesell hat es verstanden, klar und verständlich zu schreiben - eine Gabe, die sowohl den reinen Theoretikern und Reformern wie auch manchen Praktikern unserer heutigen Zeit weitgehend abgeht. Die »Natürliche Wirtschaftsordnung« ist auch heute noch lesenswert: Nach unserer Meinung eine angenehmere und sicher nicht unrealistischere Lektüre als die des Buches von John Maynard Keynes. Hier zeigt sich auch eine Parallele zu John Law: Dieser wie Gesell entwickelte geniale Konzeptionen und wurde vergessen, während die jeweiligen weniger genialen Zeitgenossen - Ouesnay und Keynes - einige Generationen blendeten, ehe sich auch hier die Vorstellung einer Falsifizierung durchsetzte. Weniger bekannt als die schriftstellerische Leistung ist die zeitweilige Mitwirkung Gesells als »Volksbeauftragter« für Finanzen in der bayerischen Republik (1919), wobei sich die Tätigkeit auf die Ankündigung einer Einführung des Schwundgeldes, die Planung einer »Internationalen Valutakonferenz« und den fluchtartigen Rückzug aus der »Regierung« erschöpfte, nach dem sich ein ökonomisch völlig unbedarfter ewiger Philosophiestudent - Ernst Toller - zum Wirtschaftsdiktator aufgeschwungen hatte. Gesell hat die Schmach nie überwunden, von diesem Regime mißbraucht worden zu sein, die Mitwirkung aber nie geleugnet. Das nicht nur deswegen, weil keinerlei Vorwürfe im hinthinein gegen ihn wegen dieser Schreibtischtätigkeit zugunsten der Bolschewisten-Steigbügelhalter laut wurden. Sicher nur wenigen Kennern bekannt ist die Tatsache, daß Silvio Gesell Privatgelehrter war: Er hätte mangels Reifeprüfung wahrscheinlich nicht einmal studieren können. Und hier überrascht die Zahl von Veröffentlichungen, an der sich viele Professoren ein Beispiel nehmen können, und zwar nicht nur quantitativ. Und gerade beim Namen von Silvio Gesell stellt sich wiederum die Frage nach dem Sinn wie auch der Zwecksetzung von akademischen Ehrungen aller Art, beispielsweise der Ehrenpromotionen! Es gehört leider schon lange zur Legende, daß eine naturwissenschaftliche Fakultät einem einfachen Bergmann und eine Agrarfakultät einem Landwirt die Ehrendoktorwürde aufgrund eigener wissenschaftlicher Leistungen verliehen haben, die außerhalb des Hauptberufes stattfanden: etwas, was ja das Wesen einer Ehrenpromotion ausmachen sollte, die zudem nur eigene und wissenschaftliche Leistungen ansprechen dürfte. Silvio Gesell konnte - was schließlich völlig unbekannt ist und von den wenigen Kennern ignoriert wird - eine »Schule« begründen. Derartiges ist ohnehin nur wenigen Wissenschaftlern vergönnt gewesen. Die Schule Silvio Gesells etablierte sich allerdings - entsprechend der Wirkungsweise des Lehrers - nicht an den Universitäten, sondern setzte sich vornehmlich unter Nebenberuflichen mit minimaler Ausstrahlungskraft durch. Zur »Freigeldbewegung« bekannten sich verschiedene Experimente mit privaten Verrechnungssystemen: Ausgleichskassen der dreißiger Jahre, der (nach wie vor aktive) Schweizer »WIR Wirtschaftsring« sowie die bundesdeutsche ARGO-Organisation (Nordheim) und der SAG-Giroverkehr (Vaduz) der fünfziger und sechziger Jahre. Es ist leicht, diese Gruppen als »Sektierer« abzutun, aber wesentlich schwerer, ihr Engagement zu verstehen (was manche ihrer Kritiker vom Intellekt her zu überfordern scheint). Verständnis und Zustimmung sind zweierlei - auch das wird meist vergessen. Bei Irvin Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehntelang Wissenschaft wie Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfassersbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich.

DIE NEUE SOZIALE ORDNUNG

Aktive Währungs- und Wirtschaftspolitik - Vollständige Beseitigung der Zwangswirtschaft
Gerechter Lastenausgleich mit Liquidierung der Vergangenheit - Finanzreform mit radikalem
Steuerabbau - Überwindung der Wohnungsnot - Einleitung einer Bodenrechtsreform
Freihandel

ZWEITE DENKSCHRIFT DES FREIWIRTSCHAFTSBUNDES ZUR WIRTSCHAFTLICHEN NEUORDNUNG

Oktober 1948

Die vorliegende Denkschrift wurde im Oktober 1948 vom Bundesvorstand des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes (Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft) an folgende Behörden, Ämter, Organisationen, Damen und Herren zugestellt:

Militärgouverneure der vier Besatzungszonen;
Regierungen (Ministerpräsidenten und Minister) aller deutschen Länder;
Abgeordnete aller deutschen Länderparlamente;
Alliierte Bankenkommission; Bank der deutschen Länder; Landeszentralbanken;
Verwaltung für Wirtschaft; Wirtschaftsrat;
Industrie- und Handelskammern; Handwerkskammern;
Gewerkschaften; Parteien;
sowie viele führende Frauen und Männer des öffentlichen Lebens.

Die vorgenannten Personen, Behörden, Ämter und Organisationen, die unmittelbar oder mittelbar an der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands beteiligt oder interessiert sind, erhalten bei Bedarf weitere Abdrucke der Denkschrift. Der Freiwirtschaftsbund erwartet und begrüßt eine Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Denkschrift. Vertreter des Bundes stehen zu einer Aussprache über ihre Durchführung zur Verfügung.

FREIWIRTSCHAFTSBUND
Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft
DER BUNDESVORSTAND
(17a) Heidelberg-Ziegelhansen, Hauptstraße 6, Fernruf 3081
Postscheckkonto Stuttgart 9907 / Girokonto 110 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg

Die Titelseite von 20 Seiten Text der II. Denkschrift vom Oktober 1948
Die erste Denkschrift vom Mai 1948 trägt den Titel: „Die Indexwährung im Marshall-Plan
(deutsch und englisch), 8 Seiten.

Das freiwirtschaftliche Manifest

LIESTAL, Sonntag den 13. November 1932.

1. Jeder Bürger hat die sittliche Pflicht, eine Wirtschaftsordnung zu erstreben und verwirklichen zu helfen, die dem arbeitenden Volke den vollen Ertrag seiner Arbeit zukommen läßt, die Sicherheit des wirtschaftlichen Daseins gewährleistet und jedem arbeitenden Menschen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und die individuelle Gestaltung seines Lebens ermöglicht.

2. Die Grundlage der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung bildet die Freiheit der Persönlichkeit.

Staat und Wirtschaft sind um des Menschen willen da. Sie beide sind Hilfsmittel mit dem Zwecke, die Entfaltung der im Menschen liegenden Kräfte und den kulturellen Aufstieg des Einzelnen und des ganzen Volkes zu ermöglichen.

Jede Beschränkung der Freiheit durch Staat und Wirtschaft muß auf dem freien Willen der Bürger beruhen.

3. Das Vaterland, als Inbegriff von Land und Volk, ist die Heimat jedes Bürgers.

Der Staat, als politisch-rechtliche Organisationsform, ist nicht Selbstzweck, sondern hat die Aufgabe, die rechtliche und wirtschaftliche Lebensgrundlage seiner Bürger zu sichern.

4. Klassenkampf, Spaltung des Volkes in Stände, die sich bekämpfen, gewaltsame Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und Staatsverschuldung infolge wirtschaftlicher Maßnahmen sind Folgen einer verfehlten Wirtschaftsordnung.

5. Die Unsicherheit des wirtschaftlichen Daseins, der Klassenkampf und die Not der Wirtschaftskrise beruhen immer auf allgemeinen Preisschwankungen und auf der durch diese Preisschwankungen bewirkten Veränderung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse.

Jede allgemeine Preissteigerung ist zugleich eine Entwertung des Geldes, also auch eine Entwertung jedes Vermögens und jedes festen Einkommens.

Jede allgemeine Preissenkung ist zugleich eine Aufwertung des Geldes, also auch eine Aufwertung der Schulden und eine Verminderung des Einkommens aus der Arbeit und dem Warenumsatz.

Jede allgemeine Preisschwankung verfälscht den bisherigen Inhalt aller Zahlungsverträge und schädigt zwangsläufig den einen oder andern Teil der Volksgenossen.

Eine Volkswirtschaft, die solche Schwankungen zuläßt und mit sich bringt, ist unsittlich und untergräbt fortwährend die Gemeinschaft des ganzen Volkes.

6. Jede allgemeine Preisschwankung ist zugleich eine Veränderung der Kaufkraft des Geldes.

Die Grundlage einer sittlichen und gerechten Wirtschaftsordnung ist ein Tauschmittel, dessen Kaufkraft unter allen Umständen gleichbleibt.

Der Staat ist verpflichtet, dem arbeitenden Volke eine Währung zur Verfügung zu stellen, deren Kaufkraft keinerlei Schwankungen erleidet.

7. Die Verkettung der Währung mit dem Golde führt zu Schwankungen der Kaufkraft, liefert das Tauschmittel der Willkür der nationalen und internationalen Spekulation aus und hat über alle Völker unsägliches Elend gebracht.

Die Goldwährung hat in einer nach sittlichen Grundsätzen geordneten Volkswirtschaft keinen Platz. Sie muß unverzüglich abgeschafft werden.

8. Die Gestaltung der Währung ist eine Angelegenheit des eigenen Staates.

Jeder Staat hat die Möglichkeit, durch eine fortwährend nach dem Durchschnittspreis der Waren geleitete Währung seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und sowohl jede Krise als auch jede lieberhafte Steigerung der Wirtschaft unmöglich zu machen.

9. Der Staat ist verpflichtet, dem arbeitenden Volke ein Tauschmittel zur Verfügung zu halten, das der Wirtschaft seiner Natur nach nicht willkürlich entzogen werden kann.

Der auf allen Waren lastende Zwang des Angebotes ist daher auch auf das Geld zu übertragen.

10. Die fortwährende Anpassung des mit dem Umlaufzwang versehenen Geldes an die Bedürfnisse der Wirtschaft schützt das arbeitende Volk für alle Zeiten vor der Wirtschaftskrise und vor der Zerrüttung seines Vermögens.

Wir verlangen, daß der Staat unserem Volke ein solches Tauschmittel unverzüglich zur Verfügung stelle.

11. Grund und Boden des Vaterlandes darf nicht Gegenstand der Spekulation sein.

Durch ein Bundesgesetz ist dem Staate, dem Kanton und der Gemeinde ein Vorkaufsrecht am Grund und Boden einzuräumen und jede Bodenspekulation unmöglich zu machen.

Jede Enteignung von Grund und Boden gegen den Willen des Eigentümers ist unstatthaft. Vorbehalten bleiben die besonderen Voraussetzungen des Bundesgesetzes über die Enteignung.

12. Die sittliche Wirtschaftsordnung erteilt der menschlichen Arbeit die höchste Wertung.

Der Staat hat die Pflicht, die Arbeit gegen jeden Mißbrauch durch Einzelne zu schützen.

Schutz der Arbeit, Schaffung einer stabilen Währung und Erlaß eines Bodenrechts, das den Eigentümer vor Verschuldung, den Mieter und Pächter vor Ausbeutung schützt: das sind die einzigen Maßnahmen, die der Staat für die Volkswirtschaft zu treffen hat.

13. Eine internationale Gemeinschaft der Völker und Nationen ist erst dann möglich, wenn jeder Staat auf seinem Gebiete die Ordnung des Rechtes und der Wirtschaft erlangt hat.

Ordnung in Wirtschaft und Recht vermag allein den Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Wir verlangen, daß unser Staat ohne Rücksicht auf andere Staaten die Ordnung von Wirtschaft und Recht schaffe und auf dem Wege, den wir aufgezeigt haben, jede Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft unmöglich mache.

14. Wir verwerfen jede Zwangswirtschaft und jede Auslieferung der Wirtschaft an den Staat.

Wir verwerfen jede Diktatur und jede Gemeinschaft, die nicht auf der Freiheit der Menschen und Bürger beruht.

Wir verwerfen jede Entfremdung des Menschen von seinem Vaterland und von seinen Volksgenossen.

Es lebe die Gemeinschaft der freien Menschen in einer gerechten Wirtschaftsordnung!

Es lebe die Gemeinschaft der Völker auf Grund einer gerechten Wirtschaftsordnung!

Es lebe das Vaterland! Es lebe die freie Schweiz als Erbe der Väter, als Heimat unseres Volkes und als Glied einer kommenden Völkergemeinschaft!

Freiwirtschaftsbund

für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft

LANDESVERBAND WÜRTTEMBERG - BADEN und vorläufiger Bundesvorstand

Geschäftsstelle (14a) Ludwigsburg – Eglosheim in Württemberg, Favoritepark 4 – Fernruf 4332

Rundbrief III/46 September 1946

Nachdruck nicht erlaubt

Arbeitsunterlagen

für den Bundestag in Stuttgart

vom 27. bis 29. September 1946

Das Programm von Pfingsten 1943

Vorbemerkung

Das vorliegende Programm hat die Ideen weiterentwickelt, die sich in der Freiwirtschaftsbewegung zum ersten Male im Jahre 1932 auf unserer Tagung auf der Comburg als ein geschlossenes Bild für ein realpolitisches Streben zur Verwirklichung der Freiwirtschaft abzeichneten.

Diese Arbeit wurde vom Beginn des Dritten Reiches an geleistet, im Kriege während des Winters 1942/43 abgeschlossen und an Pfingsten 1943 unterschrieben. Dieses geschah im Zentrum einer den Kern der Freiwirtschaftsbewegung umfassenden, über alle Teile des damaligen -Deutschlands und Österreich verbreiteten Widerstandsgruppe gegen das Hitlerregime. Diese fand in diesem Programm ihre besonderen geistigen Grundlagen für ihre positive politische Willensrichtung während ihres allgemeinen Kampfes in Wort und Tat gegen das Gewaltregime. Später, im Jahre 1944, als die realen Folgen der unausbleiblichen Katastrophe bereits klar zu erkennen waren, entstand in dem gleichen Kreis das »Sofort-Programm zur finanziellen und wirtschaftlichen Ueberwindung der Kriegsfolgen«, dessen Forderungen sich bei der Sachlage nach dem Zusammenbruch bis auf den heutigen Tag bewahrt haben.

Die Dokumente aus dem allgemeinen Kampf gegen das Hitlerregime beweisen, daß diese freiwirtschaftliche Widerstandsgruppe nicht aus persönlichem Ressentiment der Beteiligten ent-

standen ist, der Zeitpunkt ihres Beginns macht klar, daß sie nicht aus billigem Opportunismus erst dann aufkam, als die kommende Katastrophe sichtbar drohend vor aller Augen lag; die Programme zeugen für die damals schon klaren Vorstellungen von dem, was nach der Katastrophe zum Aufbau einer neuen freien Lebenswelt geschehen müsse. Alles zusammen aber offenbart die innere Triebkraft dieser Widerstandsgruppe: Die Erkenntnis, daß jeder einzelne Mensch ein einmaliges, unwiederholbares Wesen ist; daß die Freiheit des Einzelmenschen die Grenze ist, die von der Staatsgewalt nur eingeengt werden darf, soweit sie ganz offenbar dem Nebenmenschen persönlich nicht abwendbaren Schaden zufügt; daß nur in persönlicher Freiheit die Würde des Menschen gewahrt bleibt.

Unter ständiger schwerer Gefährdung von Freiheit und Leben wurde, nur dem eigenen Gewissen folgend, diese Arbeit getan, die heute als fester Grundstein unseres Bundes unserem Wirken für eine menschenwürdige, sozial gerechte und freie Lebensform dienen kann.

Außer den unter dem Programm von Pfingsten 1943 stehenden Freunden wurden unsere Gesinnungsfreunde Richard Batz, Kurt Becker, Dr. Bernhard Hamelbeck, Claas Müller u. a. schon vor dem Zusammenbruch mit dem Programm bekannt gemacht.

Das unterschriebene Original des Programmes befindet sich seit dem 20. April 1945 in den Händen der amerikanischen Besatzungsmacht.

Für die hier folgende Wiedergabe wurden –nur geringfügige; vorwiegend stilistische Aenderungen und kleinere Streichungen vorgenommen.

Öffentlich wurde das Programm zum ersten Male am 28. Mai. 1946 im Festsaal des Furtbachhauses bei einem Vortrag des Freiwirtschaftsbundes verlesen.

*

Wir bauen die freie Welt von Morgen ohne Vorrechte, in der jeder einzelne Mensch, gleichgültig woher er kommt, an den Platz für Leben und Wirken gelangt, der seinen angeborenen und im Lebenskampf erworbenen Fähigkeiten und den damit vollbrachten Leistungen entspricht.

Wir kämpfen hierfür mit allen zweckdienlichen Mitteln, um in dem gegebenen gesellschaftlichen (politischen) Bereich unser unteilbares innenpolitisch-wirtschaftlich-soziales und außenpolitisch-außenwirtschaftliches Programm zu verwirklichen.

Wir schaffen damit die unerläßliche Voraussetzung für die von der äußeren Welt ungehemmte Entwicklung freier, selbstverantwortlicher Menschen, für das natürliche Wachstum einer wahren Gemeinschaft unter ihnen, für die Gestaltung einer natürlichen Gesellschaftsordnung, die dem Leben dieser freien Menschen und ihrer Gemeinschaft nach innen und außen dient.

I. Innenpolitik

Die Grundlage allen menschlichen Lebens und Zusammenlebens ist die ganze Erde mit Ihren Schätzen. Auf der Erde lebt der Mensch, aus ihr kommt alles, was er zum Leben an Ernährung, Kleidung und Wohnung benötigt. Ihre Schätze muß er gewinnen, verarbeiten und verteilen. Ohne die Erde ist das Leben undenkbar. Jede Kultur auf Erden setzt die Arbeitsteilung, den ungehinderten Austausch der aus Erde und ihren Schätzen mit Arbeit gewonnenen Güter voraus. Die Freiheit des Menschen ist nur gesichert, wenn er sich frei auf der Erde bewegen

kann, wenn er freien Zugang zu allen ihren Schätzen hat, wenn er frei seine Arbeit wählen kann und in freiem Wettbewerb mit allen, bei gleichen Start für alle, In freiem Austausch der Leistungen In einer - freien, ausbeutungslosen Wirtschaft den vollen Arbeitsertrag erlangt..

Wir führen deshalb auf innenpolitischem Gebiet folgende Maßnahmen durch:

1. Rückkauf des gesamten Grund und Bodens in das Eigentum der Gesellschaft und seine Verpachtung zur freien Bewirtschaftung in einer Form, die das Höchstmögliche an Leistung sichert und den Raubbau verhindert.

Nach Abfindung der bisherigen Eigentümer fließen die Pachten (Grundrente) in die Kasse der Gesellschaft. Von hier aus werden die Beträge allen Müttern der Gesellschaft je nach der Zahl ihrer Kinder unter 16 Jahren als Mutterrente zugeführt.

Mit dem Rückkauf des Grund und Bodens in das Eigentum der Gesellschaft und mit seiner freien Verpachtung zur freien Bewirtschaftung hat der Mensch freien Zugang zur Erde und Ihren Schätzen.

Mit der Ausschüttung der Grundrente an die Mütter des Landes ist das private arbeitslose Einkommen aus dem Grundeigentum an diejenigen übergeführt, die durch die Geburt und die Erziehung der Kinder die Grundrente schaffen und steigern.

2. Schaffung eines Währungsamtes, das verpflichtet ist, die Währung so zu verwalten, daß unter allen Umständen ein gleichbleibender durchschnittlicher Preisstand aller Waren (Großhandelsindex) gewährleistet ist. Damit sichert das Währungsamt stetige Vollbeschäftigung, reibungslosen Austausch aller Erzeugnisse der Arbeit (Waren), schützt die Gläubiger und Schuldner vor den Folgen allgemeiner Preisschwankungen (Inflation und Deflation) und verhindert die ohne Arbeit erzielten Spekulationsgewinne aus allgemeinen Preis- und Kurschwankungen.

3. Das Währungsamt beherrscht außer der Menge des ausgegebenen Geldes auch dessen Umlaufgeschwindigkeit: die Geldzeichen werden durch geeignete technische Mittel unter Umlaufszwang gestellt, sodaß das Geld (Nachfrage nach Waren) - genau so unabhängig vom Willen der Besitzer angeboten werden muß, wie die Ware - also alle Arbeitserzeugnisse - durch ihre natürliche Verderblichkeit. Damit fällt die Macht des Geldbesitzes über die Arbeit und den Verlauf der Wirtschaft. Vollbeschäftigung und Umlaufszwang des Geldes sichern die stetige Bildung von Geld- und Sachkapital, die von privater Seite durch Zinsinteressen nicht mehr unterbrochen werden kann. Der Zins für Geld- und Sachkapital. sinkt. Und Selbst wenn der Zins (Rentabilität) auf Null anlangt, ist der Strom des Geldes zum Austausch der Erzeugnisse der Arbeit (Waren) bedingungslos verfügbar. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Arbeit durch das Kapital, die Beschneidung des Arbeitseinkommens durch das Einkommen ohne Arbeit. aus dem Zins in allen seinen Formen (wie Dividende, Rente) Ist restlos beseitigt.

4. Die Überführung der privaten Grundrente an die Mütter zur Erziehung Ihrer Kinder, die Beseitigung der Spekulationsgewinne, des Zinses in all seinen Formen und die Überwindung der mit der Zinswirtschaft (Kapitalismus) zwangsläufig verbundenen Notstände schaffen den gleichen Start für alle, beseitigen die soziale Krankheit, geben jedem das Seine, öffnen den Weg für die Befreiung des gesellschaftlichen Lebens Im Staate. (Sozialismus).

Freiheit für Wort und Schrift, Presse- und Redefreiheit, Religions- und-Glaubensfreiheit,

Lehr- und Lernfreiheit an den Hochschulen, Freiheit der Schule überhaupt, Begrenzung von Straf- und Zivil-Recht auf das gesellschaftlich unerläßliche Maß sind dann möglich und für den freien Menschen und eine wahre Gemeinschaft unentbehrlich.

Die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft werden beseitigt, die behördlichen Bevormundungen aufgehoben, die Verwaltung wesentlich vereinfacht. Die als Sozialpolitik bezeichneten vielfältigen Zwangsmaßnahmen des Staates werden ersetzt durch billigere und leistungsfähigere Einrichtungen, die in freiem Wettbewerb zwischen freien Unternehmern und freien Arbeitern und Angestellten in freien Zusammenschlüssen entstehen. So schmelzen die gesellschaftlichen Aufgaben des Staates zusammen. Sein Aufwand verringert sich entsprechend und im gleichen Maße steigt die Erzeugung der Wirtschaft. Die gesamte Besteuerung kann auf einen Bruchteil der bisher üblichen zurückgeschraubt werden, eine Finanzreform beschränkt die Steuerpflicht auf das Einkommen, schafft Steuergerechtigkeit.

II. Außenpolitik

Die Außenpolitik hat der ungehemmten Durchführung des innenpolitisch-wirtschaftlich-sozialen Programms zu dienen. Sie ist deshalb unter Wahrung der Innenpolitischen Handlungsfreiheit auf den Frieden mit der Welt gerichtet. Dazu ist erforderlich:

1. Die Verkündung des Freihandels, Aufhebung aller Zölle und Handelsbeschränkungen, gleichviel aus welchen Gründen sie eingeführt worden sind und unabhängig davon, ob das Ausland diese Maßnahmen mit gleichen oder ähnlichen beantwortet. Die bisher von den Zöllen Begünstigten werden finanziell angemessen abgefunden.

2. Keinem internationalen Währungsabkommen (wie z. B. der Goldwährung) wird beigetreten, das die Herrschaft über den binnenwirtschaftlichen Geldumlauf gefährdet oder preisgibt. Die Wechselkurse werden nicht manipuliert, sondern bleiben frei; sie richten sich nach den „Kaufkraftparitäten“ aus; ihre etwaigen Schwankungen drücken lediglich aus, daß die Währungspolitik des zugehörigen Landes den durchschnittlichen Preisstand nicht festhält, sondern inflationistische oder deflationistische Politik treibt oder zuläßt.

3. Zur Förderung des internationalen Warenaustausches wird ein zwischenstaatliches Noteninstitut gegründet, das ein eigenes, dem Außenhandel dienendes Zahlungsmittel ausgibt. Die Wechselkurse zwischen den nationalen Währungseinheiten und diesem internationalen Zahlungsmittel bestimmt gleichfalls das Prinzip der „Kaufkraftparität“.

Es wird allen Ländern vorgeschlagen: der durchschnittliche Preisstand ist in jedem Lande durch ein nationales Währungsamt stabil zu halten, -der Geldumlauf nach Menge und Umlaufgeschwindigkeit zu beherrschen und der Freihandel zu verkünden.

Vorstehende Politik sowie der freie Zugang zum Grund und Boden fördern die wirtschaftliche und kulturelle der Völker, tragen zum gegenseitigen Verstehen und zur gegenseitigen Achtung bei, schließen auf die Dauer kriegerische Verwicklungen aus.

III. Die Politik des Bundes

Der Bund gründet den wirtschaftlich-sozialen Teil seines Programms auf unbestreitbare, und weitgehend anerkannte Ergebnisse wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschung, in

seinem philosophisch-weltanschaulichen Teil folgt er den Spuren organischen- (natürlichen) Denkens von Goethe und seinen ungezählten Nachfolgern, dem Freiheitsbegriff- Nietzsches. Der Bund wird in seinem Kampf nicht nur gestützt - von der erlebten politisch-sozialen Tragik der letzten Jahrzehnte, sondern die Erfahrungen aus den paar Jahrtausenden durchforschter menschlicher Geschichte stehen auf und-fordern zwingend die Erfüllung seines Programms. _

Aber immer noch verhindert der lebensfeindliche Zins- und Grundrenten-Kapitalismus mit seinen reichlich aus der Arbeit anderer fließenden Mitteln, auf allen ihm gangbaren Wegen, in widerspruchsvollen politischen Formen den erfolgreichen Aufstand des Lebens für sein Recht. Die ungezählten Millionen Gefallener aus den Kriegen der Jahrtausende, die Ruinen und Zeugnisse aus längst vergangenen, mühsam und nur in ihren Ansätzen aufgeblühten Kulturen, die zerstörten Städte und Dörfer der beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts: die gesamte Vergangenheit unseres menschlichen - Geschlechts bürdet uns die harte Pflicht auf, aus unseren Erkenntnissen rücksichtslos die praktischen Folgerungen zu ziehen.

Der Bund befreit den einzelnen Menschen von den - widernatürlichen Fesseln, die ihm der Grundrenten- und Zinskapitalismus in seinen verschiedenen politischen Formen angelegt hat. Ebenso bewahrt er den Menschen vor der scheinbaren Zwangswahl, dem-Kapitalismus nur in einem ebenso widernatürlichen Kommunismus oder einer anderen zwangsstaatlichen Verirrung entgehen zu können, wo die Erfahrung und Überlegung lehren - auch die letzten menschlichen Werte vernichtet - werden.

Der Bund schafft vielmehr eine natürliche Gesellschaftsordnung, die das Wachstum einer lebendigen Gemeinschaft freier Menschen zuläßt und fördert, weil in ihr die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklicht ist; eine Gesellschaftsordnung; in der alle Kräfte des Menschen und seiner Gemeinschaft zum Siege des Lebens in einer wahrhaften Kultur führen.

Das revolutionäre, umfassende und unteilbare Programm des Bundes erfordert für seine Verwirklichung als Kämpfer ganze Menschen, die sich vorbehaltlos in diesen harten Kampf um unsere Zukunft stellen. Der Bund fordert daher von seinen Mitkämpfern als Erstes und Letztes die uneingeschränkte Pflicht, sich in der Öffentlichkeit sichtbar zu seinem Ziel Weg zu bekennen.

*

Der Bund ist schon seit Jahrzehnten in vielen deutschen Herzen geschlossen, seitdem die wirtschaftlichen Entdeckungen Silvio Gesells erst wenige, dann mehr, ~ dann viele aufhören ließen. Ebenso ist es seit Goethe um den organischen (natürlichen) Gedanken nicht ruhig geworden. In der unruhigen deutschen Seele sind diese Gedanken auf den fruchtbarsten Boden gefallen. In der politischen Praxis jedoch haben diese Ideen bisher nur dilettantische Halbheiten hervorgebracht. Der Nationalsozialismus mußte als eine gefährliche Krankheit über Deutschland kommen; diese Seuche mußte den deutschen Körper bis ins Mark zerfressen, die deutsche Seele im innersten verwunden, im Kriege mußte diese letzte Verirrung kapitalistischen Unnatur ihre blutigen Triumphe feiern, alles Deutsche vor uns und in der Welt besudeln, um die wissenden Herzen im Lande einander näher zu bringen, den Bund zu begründen, mit dem festen Entschluß, damit den deutschen Namen vor uns selbst und vor der Welt zu reinigen, das Tor in die freie Welt von Morgen aufzustoßen, wo die Menschen ihre Kräfte nicht mehr im Dienste sinnloser Zerstörung, sondern für den Aufbau gesegneten Lebens miteinander messen können.

Pfingsten 1943

Otto Lautenbach
Dr. Paul Diehl / Dr. Franz Hochstetter

Wilhelm Bäurle / Walter Hoch / Paul Jansohn / Karl Walker

aus:

ERNST WINKLER . FRANZ BOHM . FRITZ HELLWIGWOLFGANG

FRICKHUFFER . GEORG STRICKRODT

OTTO LAUTENBACH

DAS PROGRAMM

DER FREIHEIT

Wortlaut der Vorträge, die auf dem

Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952

in Heidelberg gehalten wurden

VITA-VERLAG BAD NAUHEIM

(Auszüge / Wurzel der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft)

Begrüßung

Paul Diehl

Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit den Bundestag 1952 des Freiwirtschaftsbundes und heiße Sie alle herzlich willkommen. Wir haben im vergangenen Jahr auf unserem Bundestag Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft erarbeitet, die Ihnen unter dem Namen „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ bekannt geworden sind. Es war nicht möglich, im Laufe dieses Jahres diese Thesen zur Grundlage der Gesetzgebung zu machen, obgleich in verschiedenen Ministerien die „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ in ihren Prinzipien anerkannt worden ist, und eine ansehnliche Reihe von Abgeordneten des Bundestags ihre Sympathie für eine solche Gesetzgebung aussprach. Vorwiegend haben sich die Herren darauf berufen, im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen könne eine solche Gesetzgebung nicht mehr durchgesetzt werden. Darum erscheint es uns um so wichtiger, auf dieser Grundlage in den Streit der Meinungen einzugreifen, um in den kom-

menden Monaten diese entscheidenden Fragen zu klären, damit sie Richtlinien für das politische Handeln ergeben können. Ich hoffe, daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, für eine solche Aktion einen guten Start zu finden.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie als Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung, der Wirtschaftsverbände und der Kammern auf das herzlichste. Wir bedauern, daß kein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu uns gekommen ist, denn es wäre sicher fruchtbar gewesen, sich mit ihnen in sachlicher Weise auseinanderzusetzen. Mit besonderem Dank begrüßen wir unsere Gastreferenten, die sich für einen Vortrag aus ihrem Tätigkeitsbereich zur Verfügung gestellt haben, und auf diese Weise an unseren Zielen mitarbeiten:

Herrn Prof. Dr. *Franz Böhm*, von der Universität Frankfurt, Herr **Dr. Fritz Hellwig** vom Industrie-Institut in Köln, und Herrn Finanzminister a. D. Dr. *Georg Strickrodt*.

Meine Damen und Herren! Ein „Programm der Freiheit“ zu entwickeln und schließlich in die Tat umzusetzen, ist das letzte Ziel des Freiwirtschaftsbundes. Wenn man die heutige Welt-situation mit offenen Augen betrachtet, bedarf es keiner Rechtfertigung dieser unserer Zielsetzung. Kaum jemals seit den Zeiten der Verkündung der Menschenrechte stand die Freiheit der Persönlichkeit geringer im Kurs als in unseren Tagen. Gleich der versengenden Lava eines Vulkans ergießt sich die Woge der Unfreiheit aus dem riesigen Eruptionsherd des Ostens nach allen Seiten, jedes individuelle Leben vernichtend, die Eigenständigkeit der Völker bedrohend. Und überall beobachten wir eine gefährliche Neigung bei den bedrohten Völkern, jenen verheißungsvollen Parolen Gehör zu schenken. Der Westen aber hat es nicht verstanden, die ihm z. T. einst hörigen Völker gegen die trügerische Heilsbotschaft jener neuen Erlöser zu immunisieren. Die Sünden der Väter beginnen sich zu rächen. Die besondere tragische Situation unseres eigenen Vaterlandes ist uns dabei ein immerwährender Kummer. Die Frage, ob wenigstens das noch freie Deutschland ausreichend gewappnet ist - ich denke und meine dabei geistig gewappnet - gegen jene Infiltration aus dem Osten, können wir leider nur verneinen. Im großen gesehen stellen wir eine erschreckende Indolenz gegenüber den Möglichkeiten der Freiheit, etwa bei den Parteien, den politischen Wirkorganen der Nation, fest. Sie sind in ihrer überwiegenden Mehrheit beherrscht von einem kaum zu erschütternden Glauben an die Allmacht des Staates als Helfer und Richter, als Planer und Versorger. Das Vertrauen auf die Bewährung der eigenen Kräfte im Menschen im Lebenskampf ist subjektiv und objektiv in bedenklichem Schwinden begriffen. Dem Staate werden als Wirtschaftler und Unternehmer Aufgaben überlassen und zugemutet, die allein im freien Spiel der Kräfte zweckmäßig zu lösen sind. Dies führt zwangsläufig zu Fehldispositionen in der Wirtschaft, deren notwendige Korrekturen immer aufs neue den Gesetzgeber auf den Plan rufen. Ein durch Überorganisation charakterisierter Pseudosozialismus hat damit Platz gegriffen, wie er sich am erschreckendsten wohl in der völlig in die Sackgasse geratenen Wohnungsbewirtschaftung dokumentiert. Und daß man noch keineswegs gewillt ist, diesen verhängnisvollen Kurs aufzugeben, dafür scheint mir der kürzliche Wahlsieg des radikalen Flügels der Gewerkschaften ein nicht mißzuverstehendes Symptom. Wo wir aber noch Parteien finden, die die Idee der Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, dort stellen wir eine in den Tagesaufgaben sich erschöpfende Interessenpolitik fest, ohne eine weitschauende, wissenschaftlich fundierte Programmatik. Kein Wunder, daß deren werbende Kraft außerordentlich gering ist. Unsere Hoffnung aber, die Verteidiger der Freiheit dort zu finden, wo sie ehemals immer ihre Heimstätte hatte - bei der Jugend - ist ebenfalls bedenklich geschmälert. Gerade bei ihr beobachten wir heute ein nüchternes Zweckdenken, und daraus entspringend eine Abkehr von allen geistigen Interessen, die sie in außerberufliche Sphären, insbesondere in die des politischen hineinführen könnte. Wir konstatieren vor allem, daß ihr in ihrer Mehrheit die Freiheit

ein geringeres Anliegen bedeutet als die Sicherheit, die Sicherheit ihrer Existenz. Eine Entwicklung, eine Tatsache, die wir auch allgemein im ganzen Volk beobachten: der Staat als Versorger und Betreuer, der Glaube an diesen Staat, der wie eine Seuche das ganze Volk durchsetzt und ergreift. Und betrachten wir zum Schluß jene Kategorie unter den Berufsgruppen, der die Freiheit, die freie Wirtschaft, die persönliche Freiheit als solche das eigentliche Lebenselement bedeutet - ich meine das freie Unternehmertum -, so ist auch hier Bedenkliches zu konstatieren. Das freie Unternehmertum stellt in der Tat heute, sofern es als geschlossene Macht in Erscheinung träte, das einzig wahre Gegengewicht gegen die freiheitsfeindlichen Tendenzen der Zeit dar. Allein wir sehen es in kleine und kleinste Interessengruppen zersplittert, im Gegensatz zu ihren planerisch orientierten Gegenspielern, ohne eine aufs Ganze gerichtete Konzeption, die zielklar ausgerichtet, nicht nur ihrem eigenen wahren Interesse, sondern auch dem der Allgemeinheit dienlich wäre. Eine solche Konzeption aber, meine Damen und Herren, finden Sie im Programm des Freiwirtschaftsbundes. Seine Bedeutung braucht nach dem Gesagten hier kaum noch unterstrichen zu werden. Der Arbeit an einem wesentlichen Teil dieser unserer Zielsetzung soll die diesjährige Tagung dienen. Möge ihr ein guter und in die Breite wirkender Erfolg beschieden sein. (Seite 7 - 9)

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung.

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner

Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der - Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und Dienstleistungen*. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu

beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitz: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolfshütte, Niederscheld, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V., Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkobl, - Bankkaufmann, Göttingen; Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. II. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard* hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineintragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen. (S. 173 - 176)

SCHLUSSWORT

Otto Lautenbach

Meine Damen und Herren, zum Schluß will ich noch auf die dankenswerter Weise in der Diskussion aufgeworfenen Fragen kurz eingehen. Herr Vockrodt befindet sich im Irrtum, wenn er die Mindestreserven als gehortetes Geld bezeichnet. Die Kreditinstitute müssen im Landeszentralbanksystem Mindestreserven unterhalten, deren Höhe die Bank Deutscher Länder bestimmt. Sie werden als Guthaben unterhalten. Sie sind nicht gehortetes Geld, sondern bestenfalls *mögliches* Geld, wenn die Bank Deutscher Länder die Mindestreservesätze ermäßigt und ein entsprechender Teil dieser Guthaben wieder abgezogen werden kann. Die Bank Deutscher Länder glaubt, in den Mindestreserven ein Steuerungsmittel zu haben, Ich vertrete die Auffassung, daß die aus dem amerikanischen Notenbanksystem übernommenen Vorschriften von Mindestreserven für die Währungspolitik entbehrlich sind, weil es den Banken überlassen werden kann, welche Liquiditätsreserven sie halten wollen und müssen. Die Banken werden ihre Liquiditätsreserven je nach den individuellen Bedürfnissen ihres Betriebes bestimmen und auf das Maß zurückschrauben, das ihre Rentabilität und ihre Liquidität erfordert.

Eine Finanzierung der Investitionshilfe durch die Bank Deutscher Länder erscheint mir nicht unbedenklich, auch wenn es sich nur um einen scheinbar geringen Betrag von 80 bis 90 Mio D-Mark im Monat handelt. Zu den bestehenden Beanspruchungen der Bank Deutscher Länder käme also eine neue, welche die Manövrierfähigkeit der Notenbank weiterhin einengen würde. Das Prinzip, die Notenbank grundsätzlich aus allen langfristigen Geschäften herauszuhalten, muß durchgehalten werden, wenn die Notenbank ihre währungspolitische Pflicht, den Geldwert zu stabilisieren, erfüllen soll.

Größere Bargeldhorte befinden sich vermutlich in der Ostzone, weil eine große Zahl unserer Landsleute dort sich mit dem Gedanken trägt, eines Tages zu flüchten oder flüchten zu müssen. So verschaffen sie sich rechtzeitig möglichst große Beträge in Westmark. Den übrigen Horten im einzelnen nachzugehen, ist unmöglich. Jedoch läßt sich leicht feststellen, wann allgemeine Hortungstendenzen in der Wirtschaft auftreten, weil davon der gesamte Wirtschaftsverlauf beeinträchtigt wird. Die Hortung hat die verschiedensten Gründe: 1948/49 waren ansehnliche Beträge in Horten verschwunden aus Angst vor dem Finanzamt; diese Horten stammten aus Verkäufen von Waren, die am 20. Juni 1948 nicht in den Geschäftsbüchern aufgeführt waren. Die Hortung aus diesen Gründen dürfte heute überwunden sein. Hortungstendenzen werden aber immer dann auftauchen, wenn in der breiten Öffentlichkeit sinkende Preise in der Zukunft erwartet werden.

Frau Dr. von Plotho hat nach der Politik der Gewerkschaften in anderen Ländern gefragt. Ich möchte vorausschicken, daß ein Betriebsverfassungsgesetz, wie es der Bundestag angenommen hat, in keinem Land verwirklicht ist; trotzdem werden von gewerkschaftlicher Seite weitere Ansprüche gestellt, die die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Unternehmer praktisch beseitigen sollen. Die amerikanischen Gewerkschaften z. B. sind zwar auch nicht bescheiden in ihren Ansprüchen, aber in einem entscheidenden Punkt unterscheiden sie sich von den deutschen Gewerkschaften. Ein amerikanischer Gewerkschaftsführer wird auf das strikteste den Vorschlag ablehnen, den Gewerkschaften ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu übertragen. Die amerikanischen Gewerkschaften wissen, daß, wenn sie wirtschaftlich in den Betrieben mitbestimmen, sie sich der Macht begeben, die Interessen der

bei ihnen organisierten Arbeiter und Angestellten zu vertreten, die ja gegen oder in Vereinbarung mit der Betriebsleitung durchgeföhrt werden müssen. Ferner ist noch zu wenig bekannt, daß in den USA die entschiedensten Vertreter des unbehinderten Wettbewerbs die Gewerkschaften sind, die mit Argusaugen darüber wachen, daß der Wettbewerb nicht verfälscht wird. Sie wissen und betonen das immer wieder, daß der freie Wettbewerb die höchsten Löhne und die besten Arbeitsbedingungen ermöglicht. Sie entwickeln andere Methoden, die vielleicht auch nicht vollkommen in die Linie einer freiheitlichen Ordnung passen, aber sie verzichten darauf, in der Betriebsleitung selbst Machtpositionen zu erringen. Sie verstehen es aber sehr gut, Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten. So haben die amerikanischen Gewerkschaften z. B. bei General Motors ein Abkommen durchgesetzt, nach dem die Löhne bei eintretenden Preissteigerungen automatisch miterhöht werden müssen. Neben diesen Indexlöhnen sieht der Vertrag weiter vor, daß alljährlich zum Grundlohn ein Zuschlag von 2 v. H. gewährt wird, der ungefähr der Steigerung der Produktivitätsrate entspricht. Der Vertrag ist auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen, und beide Partner haben sich verpflichtet, während dieser Zeit den Arbeitsfrieden zu wahren. Es werden also in diesen 5 Jahren keine Reibungsverluste für beide Teile entstehen.

Als die gleichen Probleme in den Tarifverhandlungen in Limburg auftauchten, haben sich die deutschen Gewerkschaften dagegen gewehrt, eine Indexklausel in den Vertrag aufzunehmen. Sie haben dagegen vereinbart, daß neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen und der Preisstand sich ändern. Unverkennbar ist hier das Bestreben, möglichst oft und viel zu verhandeln, während die amerikanischen Kollegen bestrebt waren, auf die Frist von 5 Jahren den Arbeitsfrieden herzustellen mit Mitteln, die den Interessen der Arbeiter gerecht werden. Dieses Beispiel zeigt, wie es den deutschen Gewerkschaften immer noch in erster Linie darauf an kommt, Funktionsmacht zu erringen, statt die Interessen von Arbeitern und Angestellten innerhalb einer freien Ordnung wirksam zu vertreten.

Herr Direktor Wildeshaus hat dankenswerter Weise die Frage aufgeworfen, was wir tun können, um das, was hier in den Vorträgen und im Programm der Freiheit niedergelegt ist, in die breiteste Öffentlichkeit zu tragen. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, möglichst schon im Januar 1953, eine *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* gründen, der die Aufgabe übertragen werden soll, das Programm der Freiheit allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Es sind verschiedene Mittel vorgesehen: 1. Bedienung der Presse, wofür schon Vorbereitungen getroffen sind. 2. Tagungen und Vorträge mit dem Charakter von Volksversammlungen. 3. Herstellung und Verteilung von Flugblättern, die dem Mann auf der Straße sagen, was die Soziale Marktwirtschaft für ihn sein kann.

Wir müssen der Öffentlichkeit klar machen, daß die soziale Marktwirtschaft die Wirtschaftsordnung des Verbrauchers, die Wirtschaftsordnung der Hausfrau, die Wirtschaftsordnung des kleinen Mannes ist. Daß in ihr der Wohlstand den höchst möglichen Grad erreicht und vor allem seine persönliche Freiheit garantiert ist. Wir glauben, vom Freiwirtschaftsbund aus diese Aufgabe besonders gut leisten zu können, weil unser Programm sachlich gut fundiert ist und sich in unseren Reihen Arbeiter, Angestellte, Geschäftsleute, Beamte und Unternehmer zusammen geschlossen haben, die nicht aus irgend welchen Gruppeninteressen heraus, sondern aus innerer Überzeugung sich für die soziale Marktwirtschaft einsetzen, weil sie erkannt haben, daß die Freiheit des Menschen nur in einer freien Wirtschaftsordnung gewahrt bleiben kann. Das moralische Kapital, das hier vorhanden ist, wollen wir mit unseren Kräften mobilisieren. Es handelt sich dabei weniger um reine Propaganda im üblichen Sinne, denn Propaganda, die nicht auf echter Überzeugung und auf festen geistigen Grundlagen beruht, wird nie eine Wirkung auf die Dauer erzielen können. Wir wollen hinausgehen und uns mit

Freunden und Gegnern der sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen, um in den kommenden Entscheidungen das Prinzip der Freiheit in Wirtschaft und Politik durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen nochmals für Ihr Erscheinen und Ihre Mitarbeit und hoffe, daß recht viele von Ihnen sich an unserer zukünftigen Arbeit beteiligen werden. Das Maß unserer Aktivität hängt von den Mitteln und Kräften ab, die sich für die Sache der Freiheit einsetzen. Hoffen wir, daß sie ebenso stark vertreten werden kann wie heute die andere Seite am Werk ist. Auf Wiedersehen!

(Seite 177 - 180 / Ende Textauszüge aus „Programm der Freiheit)

Wir
erklären
ZUR SACHE(II)

Ludwig Erhard Karl Schiller



Unsere
Marktwirtschaft:
Wohlstand
für alle!

Wir waren nicht immer derselben Meinung

Da gab es Zeiten mit Differenzen Und es gab Zeiten mit Differenzierungen.

Doch heute stimmen wir in den entscheidenden Grundfragen der
Wirtschaftspolitik überein. Jetzt geht es nämlich um das Grundsätzliche.

Es geht um die Marktwirtschaft. Da kann es nichts Trennendes geben.

Unabhängig und über Parteigrenzen hinweg erklären wir: Wir sind beide in

Sorge um die Marktwirtschaft In Sorge um eine festgefügte Ordnung,

Ohne die eine fortschrittliche Gesellschaft nicht denkbar ist. Eine Ordnung für

ein Leben in Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit.

Diese Ordnung muß erhalten und ausgebaut werden. Gegen die Zweifler,

gegen die Kleinmütigen. Und gegen die falschen Propheten.

Wir sind für Marktwirtschaft Dafür treten wir ein. Hier und heute. Und morgen.

Für Freiheit und Stabilität

Prof. Dr. Ludwig Erhard Prof. Dr. Karl Schiller

Bonn, den 9. Oktober 1972

Bitte schreiben Sie uns: 53 Bonn 12, Postfach 120153

(Text-Abschrift der Anzeige I vom 9.10. 72 aus der HAZ)

Unsere Marktwirtschaft: Wohlstand für alle!

Wir waren in Fragen der Marktwirtschaft politisch aktiv - beide. Wir wollen für
die Marktwirtschaft politisch aktiv bleiben - beide.

Unabhängig und über alle

Parteigrenzen hinweg

fordern wir:

Die Ordnung erhalten und ausbauen. Die Ordnung, die uns den Wohlstand gebracht hat. Soziale Markt Wirtschaft gibt es bei uns seit 1948. Erhard hat sie eingeführt. Schiller hat sie fortgesetzt.

In diesen 24 Jahren sind wir zu Wohlstand gelangt.

In diesen 24 Jahren haben wir uns die Freiheit bewahrt.

Nur auf diesem Fundament

haben wir die Vollbeschäftigung

erreicht und gesichert.

Wer heute von möglicher Arbeitslosigkeit spricht, hat die Lebensgesetze unserer Wirtschaftsordnung nicht verstanden. Und auch nicht die Ziele und Mittel einer konsequenten Stabilitätspolitik!

Keine Ordnung sichert jedem den Ertrag seiner Arbeit den Ertrag seines eigenen Fleißes den Ertrag seines Zukunftsstrebens - so gut wie die Marktwirtschaft! Unsere Marktwirtschaft muß erhalten und ausgebaut werden. Gegen die Zweifler, gegen die Kleinmütigen. Und gegen die falschen Propheten.

Wir sind für die Markt wirtschaft!

Dafür treten wir ein. Hier und heute. Und morgen.

Prof. Dr. Ludwig Erhard

Prof. Dr. Karl Schiller

Bonn, den 16. Oktober 1972

Bitte schreiben Sie uns: 53 Bonn 12, Postfach 120153

(Text-Abschrift der Anzeige vom 16. 10. 1972 aus der HAZ)

Tristan Abromeit ~~3000 Hannover Kleefeld, 16. 10. 72~~

Abschrift vom 24. 2. 2001

An die

Bundesbürger

Prof. Ludwig Erhard

Prof. Karl Schiller

5300 Bonn 12

Postfach 120153

Ihre Anzeigenkampagne „Wir erklären zur Sache“

Sehr geehrte Herren,

das Gemeinsame zwischen Ihnen als Professoren und professionellen Politikern und mir, dem mit Bildung angehauchten Arbeiter und unbekanntem Parteimitglied, ist, daß wir uns als Marktwirtschaftler verstehen.

Der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und mir wird aber sein, daß ich die Marktwirtschaft als ein nur in Ansätzen realisiertes revolutionäres Programm verstehe, dessen Energie unter evolutionärer Kontrolle gehalten werden kann, und Sie wohl meinen, mit etwas Tünche das Vorhandene und Erreichte verbessern zu können.

Da ich annehme, daß Sie nicht Ihr eigenes Geld in der Anzeigen- serie verpulvern, sondern finanziell von den Arbeitgeberverbänden gefüttert werden, frage ich mich, was wollen Sie eigentlich bezwecken? Wenn es nur die Gefahr ist, die SPD könne Ihre marktwirtschaftliche Orientierung verlieren, so ist Ihr Blick getrübt; denn mit der CDU und der FDP steht es nicht besser. Sie Herr Prof. Erhard müßten dann auch aus der CDU und ich aus der FDP austreten.

Diese Misere liegt doch nicht so sehr im politischen Wollen der Parteien (wenn auch schwache Charaktere Mitverursacher sind), sondern in dem trüben Zustand der Wirtschaftswissenschaften. Lesen Sie bitte einmal den beigefügten Entwurf eines Manifestes der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft von Karl Walker, vielleicht merken Sie dann, daß die Fronten anders verlaufen, als der Leser Ihrer Anzeigen vermuten muß. (Beachten Sie auch in diesem Zusammenhang den fotokopierten Beitrag von Karl Walker in den SG-Kommentaren vom Juli 1972).

Herr Prof. Erhard, ich habe auf der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ der Evangelischen Akademie Loccum Ihre zehn Thesen zur Politik in der BRD vernommen. Glauben Sie wirklich, Sie würden die Anzeigen finanziert bekommen, wenn Sie mit Ihrem Bündnispartner Schiller, diese Thesen verwirklichen wollten? Ich habe Sie auch gefragt, ob Sie als Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ihre Ideen und Vorstellungen durchsetzen konnten. Sie haben gelacht und geantwortet, mit den Maßhalteappellen hätten Sie keinen Erfolg gehabt. Diese Frage könnte ich auch Ihnen, Herr Schiller, stellen. Der Mißerfolg mit den antimarktwirtschaftlichen Maßhalteappellen war erfreulicherweise genauso groß. Meine Frage zielte aber in eine andere Richtung. Nämlich: Wurde der Ex-Minister und -Kanzler daran gehindert, marktwirtschaftlich zu operieren oder hatte er keine marktwirtschaftlich adäquate Lösungsvorstellungen?

Um auf die Tagung in Loccum zurückzukommen: Die über zwei Dutzend Referate berühmter Leute haben den über Hundert Teilnehmern aus Wirtschaft und Lehre bezüglich der ordnungspolitischen und währungspolitischen Probleme keine Klarheit gebracht. Die Mehrheit mußte wieder mit leeren Händen nach Hause fahren. Nur für Kenner der währungs- und ordnungspolitischen Landschaft gab es im all gemeinen Nebel einzelne Lichtblicke.

Ihrem Kollegen Müller-Armack habe ich gesagt, daß kein Grund vorläge, die Soziale Marktwirtschaft zu feiern, weil sie eine

verhinderte Marktwirtschaft wäre, ein konsequente Marktwirtschaft bräuchte keine schmückenden Beiworte, sie wäre in sich sozial.

Prof. Müller-Armack fragte dann, wie ich denn die bestehende Wirtschaftsordnung genauer bezeichnen würde. Ich habe geantwortet: „Sie ist ein willkürlich-punktuelles Interventionssystem.“

Zum Schluß: Der rebellierenden Jugend und den älteren linken Kritikern wird u.a. auch von Ihnen vorgeworfen, sie würden die bestehende Ordnung verneinen, hätten aber keine Alternative anzubieten. Frage: Wo sind denn die liberalen Aufklärer, die eine Formulierungshilfe leisten könnten? Ich wiederhole meine Behauptung: unsere Marktwirtschaft wird nicht durch Sozialisten gefährdet, sondern durch die gefühlsduseligen Glaubensliberalen, denen brüderliches Mitempfinden und klares Denken abhanden gekommen sind.

Uns fehlen Männer wie Alexander Rüstow, der sich im Ziel mit dem des Sozialismus einig weiß, aber einen besseren Weg als die Sozialisten mit vorbereiten half. Er sagte 1952 „Jeder, der mit intellektueller Redlichkeit und ethischer Leidenschaft sich bemüht, die Gerechtigkeitsforderung des Sozialismus auf freiheitliche und menschliche Weise zu erfüllen, soll uns als Mitstrebender willkommen sein.“ (in „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ Vita-Verlag - Heidelberg-Ziegelhausen)

Und noch eins: Welche Chancen geben Sie denn eigentlich marktwirtschaftlich orientierten Rebellen? Haben Sie sich etwa andere Mitarbeiter als Ja-Sager ausgesucht?

Sie vergeuden Unsummen mit Ihren Anzeigen, wenn ich aber bei Ihnen anklopfen würde, um eine kleine Starthilfe für meine Initiative „Freie Akademie Norddeutschland e.V.“ zu erbitten, so würde ich sicher auch nur eine der sattsam bekannten Antworten bekommen.

Mit zornigen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlagen

Manifest

der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

... also sprach Zarathustra

von den Gelehrten:

... denn dies ist die Wahrheit: ausgezogen bin ich aus dem Hause der Gelehrten, die Tür habe ich noch hinter mir zugeworfen.

Zu lange saß meine hungrige Seele an ihrem Tisch; nicht, gleich ihnen, bin ich auf das Erkennen abgerichtet wie auf das Nüsseknacken.

Freiheit liebe ich und die Luft über frischer Erde; lieber noch will ich auf Ochsenhäuten schlafen als auf ihren Würden und Achtbarkeiten.

Ich bin zu heiß und verbrannt von eigenen Gedanken; oft will es mir den Atem nehmen. Da muß ich ins Freie und weg aus allen verstaubten Stuben.

Aber sie sitzen kühl im kühlen Schatten; sie wollen in allem nur Zuschauer sein und hüten sich, dort zu sitzen, wo die Sonne auf die Stufen brennt.

Geben sie sich weise, so fröstelt mich ihrer kleinen Sprüche und Wahrheiten .

Geschickt sind sie; sie haben kluge Finger; was will meine Einfalt bei ihrer Vielfalt!

Ich sah sie immer mit Vorsicht Gift bereiten; immer zogen sie gläserne Handschuhe dabei an ihre Finger.

Auch mit falschen Würfeln wissen sie zu spielen; so eifrig fand ich sie spielen, daß sie dabei schwitzten. Wir

sind einander fremd; ihre Tugenden gehen mir noch mehr wider den Geschmack als ihre Falschheiten und falschen Würfel. Als

ich bei ihnen wohnte, da wohnte ich über ihnen. Darüber wurden sie mir gram. -

Friedrich Nietzsche

Wir bekennen uns zu den Prinzipien einer freien Welt, zur bedingungslosen Respektierung der Menschenwürde, zur freiheitlichen Entfaltung der Persönlichkeit in Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, zu optimaler Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung, zu Freizügigkeit, Eigentum an Selbstgeschaffenem und sozialer Sicherheit, zu Toleranz, Frieden und Verständigung mit allem, was Menschenantlitz trägt.

Doch wir wissen: der Mensch ist ein soziales Wesen. MENSCHsein - mit allem, was zum Menschen-Dasein gehört - ist für den Einzelgänger nicht möglich. Denn der Mensch bedarf der Geborgenheit in einer Ordnung geregelter Beziehungen zu seinesgleichen. Und weil dem so ist, liegen nicht in den Naturwissenschaften, nicht in Atomphysik, Kernspaltung und Weltraumforschung die entscheidenden Aufgaben unseres Jahrhunderts, sondern in den unendlich viel wichtigeren Sozialwissenschaften! -

Wer wollte leugnen, daß auf diesen Gebieten noch ein erschreckender Tiefstand des Wissens

vorherrscht! An der Exaktheit und Zuverlässigkeit der Resultate gemessen stehen die Leistungen der Sozialwissenschaften - vornehmlich der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft - klafertief unter den Leistungen der Physiker. Dabei haben sich die Zustände der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung - untrennbar mit den monetären Regelungen verbunden - mehr und mehr zu dem einzigen großen Problem des Überlebens gegenüber einer anderen Gesellschaftsordnung verdichtet.

LENIN soll einmal den Ausspruch getan haben, daß die marktwirtschaftliche Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft an der Zerrüttung des Geldwesens zugrunde gehen wird! - Ob er diesen Ausspruch wirklich getan hat, oder ob hier eine Legendenbildung vorliegt: auf jeden Fall ist es eine Prognose, die heute von beklemmender Aktualität sein dürfte. -

Was aber wissen unsere Wissenschaftler - von den Politikern gar nicht zu reden - zu den brennendsten Problemen unserer Zeit zu sagen? - Wie lauten ihre wissenschaftlichen Ratschläge? -

So zu fragen erübrigt sich im Grunde genommen. Wer nicht aus allem, was in diesen Jahren wissenschaftlich doziert, kolportiert, erklärt, gepriesen, versprochen und geregelt wurde, das vollkommene Fiasko der modernen Nationalökonomie erkennen kann, der sollte sich - angesichts des alarmierenden Zustandes unseres Geldwesens von dem Linzer Nationalökonom Prof. Dr. Kurt Rotschild aufklären lassen: „... beim Inflationsproblem ist die Wissenschaft noch auf Vermutungen angewiesen.“ (,Wirtschaftswoche' Nr. 25 v. 23.6.72)

Demgegenüber wäre allerdings einschränkend zu bemerken, daß die Wissenschaft nicht nur aus den Gelehrten Zirkeln besteht, die sich im elfenbeinernen Turm ihrer Universitätsgelehrsamkeit gegenseitig bestätigen, zitieren, abstützen und allenfalls Nuancen von Wandlungen in der Auffassung als profunde neue Erkenntnisse hervorheben. - Es mag deren Mangel darstellen, auf Vermutungen angewiesen zu sein; ob es für die Wissenschaft als Ganzes gilt, ist vorderhand noch eine offene Frage. Seit mehr als 40 Jahren wälzen sich zwar Theorien durch die nationalökonomische Fachliteratur, die jeglicher Logik entbehren; und weil diese Theorien für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben untauglich sind, bekommt die Öffentlichkeit von jedem Experten-Conzilium nach einem mehr oder weniger geistvollen Herumwälzen der Probleme zu hören, „Patent-Rezepte“ gebe es leider nicht. -

Wer aber spricht denn davon oder erwartet sogar, daß „Patent-Rezepte“ geboten werden müssen? - Ist nicht eine derartige Argumentation von vornherein nur eine Diskriminierung des Bemühens um einen Ansatz zu brauchbaren Lösungen? - und wem steht es denn überhaupt zu, schon die Möglichkeit von Lösungen zu verneinen, - nur weil er selber keine weiß? -

Wir jedenfalls sind eine Gemeinschaft, die es grundsätzlich für möglich hält, aus der Verworrenheit der heutigen Zustände herauszufinden; und selbst wenn wir hier oder dort mit unseren eigenen Vorstellungen im Irrtum sein sollten, schließt das nicht aus, daß irgendwo auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, ein Schlüssel zu zuverlässigeren Einsichten liegen dürfte.

Immer kommt es aber darauf an, ehrlich zu suchen und zu forschen. Jede Wissenschaft muß den Kern ihrer unabdingbaren Wahrheit finden und herausarbeiten; - „Wahrheit“ als Entsprechung für festgegründete - und nicht zugunsten irgend eines Nebenzweckes zurechtgedeutete „Richtigkeit“ verstanden! -

Nietzsche wirft irgendwo die Frage auf: „Der ‚Wille zur Wahrheit‘ - was ist das? - Ist es der Wille, sich nicht täuschen zu lassen? oder ist es der Wille, nicht zu täuschen?“

In Letzterem sieht er eine moralische Entscheidung: „Man frage sich nur gründlich“, bohrt er weiter: „Warum willst Du nicht täuschen? namentlich wenn es den Anschein haben sollte - und es hat den Anschein! - als ob das Leben auf Schein, Irrtum, Betrug, Verstellung, Blendung und Selbstverblendung angelegt wäre; und die große Form des Lebens sich immer auf der Seite der unbedenklichsten Vielwendigen gezeigt habe.“

Rüttelt Nietzsche damit nicht an der moralischen Maxime des Willens zur Wahrheit, am Berufsethos des Wissenschaftlers? „Wozu überhaupt Moral, wenn Leben, Natur, Geschichte ‚unmoralisch‘ sind?“ lautet seine Frage. Will er damit das Täuschen, Blenden und Betrügen rechtfertigen? - Fast scheint es so. - Aber warum ergeht sich dann Zarathustra in so viel zorniger Verachtung gegenüber den Gelehrten, denen der Wille zur Wahrheit mangelt?

Niemand vermag mit Sicherheit anzugeben, wo im Einzelfall bei sozialwissenschaftlichen, wirtschafts- und finanztheoretischen Informationen und Empfehlungen die Grenzen zwischen absichtlichen (unmoralischen) und unabsichtlichen (entschuldbaren) Irreführungen liegen. Auf das Ganze gesehen und an den Erfahrungen von Jahrzehnten beurteilt ist es aber völlig ausgeschlossen, daß etwa der Intelligenzquotient der Physiker so außerordentlich viel größer sein kann als der unserer Sozialwissenschaftler. In unserer Sozialordnung - auf dem Betätigungsfeld der Sozialwissenschaften - kommen aber unentwegt Steuerungsprinzipien zur Anwendung, die gar keinen Vergleich mit dem exakten Ineinandergreifen von Theorie und Praxis in den Naturwissenschaften aushalten. Hier werden unzweifelhaft Theorien strapaziert, die überhaupt nicht greifen, die jeglicher Übereinstimmung mit der Wirklichkeit entbehren.

Warum werden solche Ungereimtheiten dennoch gelehrt und mit Auszeichnungen honoriert - vom Doktorhut und Professorentitel bis zu Orden und Ehrenzeichen -? Die Antwort liegt sehr nahe und ist kaum zu übersehen; denn unseligerweise bietet diese Materie von jeher die verlockendsten Möglichkeiten, Regelungen in die Sozialordnung einzuschleusen, mit denen - offen oder hintergründig - Ansprüche auf die Beherrschung anderer Menschen, auf deren Existenzgrundlagen, Arbeitsertrag und Vermögen, zur Geltung und Durchsetzung kommen. Solche Bestrebungen haben nicht nur in oligarchischen Gesellschaften eine Chance; sie haben sie auch in den Demokratien. Obschon (oder weil) auch hier jede gesetzliche Regelung theoretisch vorbedacht werden muß, entstehen auch die demokratischen Entscheidungen auf einem Vorfeld intellektueller Bemühungen und Auseinandersetzungen. Hier haben wir es mit dem Wirkungsbereich der Sozialwissenschaften zu tun - und hier ökonomische Logik und Wahrheit zu verleugnen und wissenschaftlich verbrämte Sicherungen und Abstützungen nackter Gruppeninteressen in die Sozialordnung hineinzuschmuggeln, - *das ist es, was aufhören muß!* - Denn was die westliche Welt heute überhaupt noch an freiheitlicher Ordnung hat, das wird mit diesen Methoden mehr und mehr bis an den Rand des Abgrundes manövriert. - Viele wissen davon, aber nur wenige wagen das Übel so zu nennen, wie C. Wright Mills, Professor an der Columbia-Universität in New York: „...daß innerhalb des Wissenschaftsapparates ein gewisser Typus heranwächst, der von dem klassischen Ethos der Wissenschaft keine Ahnung mehr hat.“ (C. Wright Mills „Die Konsequenz“, Kindler-Verlag, München, 1959, S. 220)

Auf dem speziellen Gebiet der Wirtschaftswissenschaften ist dieser Typus allerdings nicht erst in der Neuzeit aufgetreten. Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat *Lujo Brentano*, selbst Professor der Nationalökonomie, schon erklärt, daß in der Wirtschaftswissenschaft „auch die irrigsten Lehren zu Ansehen gebracht werden, wenn sie den Interessen der Mächtigen zu

dienen geeignet scheinen."

Wie richtig das ist - aber auch wie verheerend es sich über die Jahrzehnte hinweg schon ausgewirkt hat - läßt sich an den heutigen Zuständen ablesen: Eine ganze Generation von Wissenschaftlern hat offensichtlich gar nicht mehr erfahren (!) und weiß also tatsächlich nichts davon, wieweit ein Problem, dessen Lösung heute von weltbewegender Bedeutung wäre, schon einmal geklärt war, - vom heutigen „wissenschaftlichen Standpunkt“ aus jedoch mit dem Rüstzeug der angelernten falschen Theorien unter hartnäckiger Aufrechterhaltung dubioser Regelungen überhaupt nicht geklärt werden kann! - Mit der berechnenden Kultivierung von Tendenz-Theorien sind die Quellen zuverlässiger Erkenntnisse verschüttet worden. Wer sie wieder erschließen will, muß die moderne Nationalökonomie sehr tief mit kritischer Sonde durchstoßen.

Keine Frage, daß es ehrenhafte Wissenschaftler gibt, die das könnten. Auf diese kommt es an; aber deren Lauterkeit soll nicht der Schild sein, hinter dem sich die Wissenschafts-Heuchelei der Unbedenklichen verbergen darf! - Es gibt auch in der jungen Generation kritische Köpfe, denen die Brüchigkeit der herrschenden Theorien nicht verborgen geblieben ist; dieser Generation kann man nicht mehr beibringen, daß es dabei bleiben müsse. -

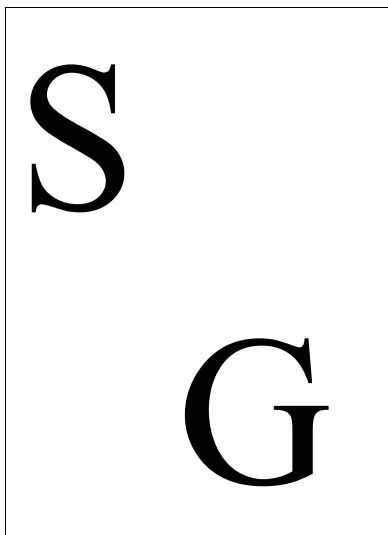
Niemand weiß, wieviel Zeit wir noch haben. Wer aber die Zeichen der Gegenwart versteht, der sollte begriffen haben, daß Änderungen nötig sind, bevor die entfesselten Leidenschaften mit Terror und Bomben die Chance einer menschenwürdigen Ordnung vom Tische fegen.

„Wir werden keiner biologischen Zeitbombe zum Opfer fallen, noch biologisch untergehen, denn einem solchen Ende geht der gesellschaftliche Zusammenbruch voraus, wenn es uns nicht gelingt, ihn abzuwenden.“ (*Peter Atteslander: „Die letzten Tage der Gegenwart“ Scherz-Verlag, München 1971*)

Wir müssen endlich einsehen: es ist ein Gesetz der Weltordnung, daß man mit falschen Methoden nicht zu den richtigen Resultaten gelangt. - Die Politiker mögen die verwegene Hoffnung haben, man könne die Folgen falscher Handlungen in den Griff bekommen und positiv zurechtbiegen. In Wirklichkeit geht das aber nicht. Die wohlmeinende Absicht ersetzt nicht sachliche Richtigkeit; - und so richten sie denn ohne fundierte Sachkenntnis immer nur noch größere Übelstände an, im eigenen Lande, in Europa, in der Welt. Aber je weniger ihre Regelungen sachlich richtig sind, desto größer werden die Schwierigkeiten; - aber desto hartnäckiger beharren ihre Urheber auch darauf, daß es unwiderruflich dabei bleiben müsse. - Woher sollen sie es anders wissen? - Auch in der demokratischen Gesellschaft können die Entscheidungen der Masse nur die Gewichte setzen; für den Entwurf der Ordnung ist die Intelligenz verantwortlich. Von ihr hängt es ab, ob die Politiker in übergeordnetem Allgemein-Interesse sachlich richtige - oder weiterhin in Verfolgung und Verfestigung rücksichtsloser Interessen sachlich falsche Entscheidungen anstreben.

Hier liegen die großen Aufgaben der Sozialwissenschaften und hier sind alle zur Mitarbeit aufgerufen, denen die Gabe kritischen und konstruktiven Denkens eigen - und der „Wille zur Wahrheit“ oberstes Gesetz ist! Ihre Wirkungsmöglichkeiten sind sehr vielfältig:

„Die Menschen, die Macht besitzen und sich ihrer bewußt sind“ fordert C. Wright Mills in seinem Buch, „müssen wir öffentlich in wechselndem Grade für die Konsequenzen verantwortlich machen, ...die sich aus ihren Handlungen und Unterlassungssünden ergeben.“ - ; „Denjenigen, deren Entscheidungen ähnliche Konsequenzen haben, ohne daß sie sich ihrer bewußt sind, müssen wir mitteilen, wie wir die Lösung der Probleme sehen. Wir müssen



Herausgeber

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.

~~5300 Bonn, Rheinweg 85 Telefon (02221)222938~~

Kommentare

zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen

Juli 1972

Abschrift 2/2001 T.A.

AUFTAKT ZUR GROSSEN DENKPAUSE

Bereits in den Vorläufern dieser Blätter - vor 2 Jahren und etwas mehr - haben wir die Gefahren. kommen sehen, denen die Bundesrepublik nun wie ein steuerlos gewordenes Schiff zutreibt. Zum ersten mal in der neueren deutschen Geschichte kann eine parlamentarisch-demokratische Regierung ihre Legislaturperiode nicht durchstehen, und zum ersten mal in diesen 2 Jahrzehnten zerbröckelt ein Kabinett sogar noch vor dem ohnehin unvermeidlichen Rücktritt der Regierung.

Die Regierung Brandt konnte mit den brennendsten Problemen der Gegenwart nicht fertig werden- und sein Kabinett brachte es zu guterletzt noch zuwege, den einzigen Mann, der noch einigermaßen Kurs halten konnte, abzustossen.

Es wird der liberal-sozialen Koalition nicht viel helfen, in den Wahlkämpfen aussenpolitische Erfolge in die Waagschale zu werfen. Die Machtlosigkeit der Währungs-, Finanz- und Konjunkturpolitik - das sind innenpolitische Probleme! - Mit der Zerrüttung des Geldwertes - nur von Karl Schiller ernst genommen, ansonsten aber von führenden Politikern der Koalitionsparteien bagatellisiert und bestritten! - sind die Fundamente einer Ordnung eingerissen, hinter der nun alles stürzt. Preissteigerungen, pausenlose Lohnkämpfe, Streiks, Radikalisierung- und daneben Bodenspekulation, Steuerflucht, - es reiht sich ein Übel an das andere und in Bonn weiß man nicht, wo man anzusetzen müßte, um die Geschicke des Landes zu wenden.

Natürlich ist das alles nicht nur eine Frage der Politik, sondern zuerst einmal eine Frage der Wissenschaft. Hat aber nicht gerade diese Regierung ihr möglichstes getan, Wissenschaftler um sich zu scharen und Wissenschaftler zu hören? Gewiß, aber als qualifizierte Experten galten eben immer gerade die Diejenigen, die vom Korps der Anderen als konform denkend akzeptiert wurden. So boten sie alle - auch die Experten der Opposition - das nahezu gleiche falsche Rezept. Und die Urteilslosen erfuhren nichts von Alternativen.

So hielten sich unsere Politiker mit fast rührender Beflissenheit an längst schon hinfällig gewordene Postulate und Theorien ihrer wissenschaftlichen Beiräte, Sachverständigen - und Experten-Gremien. Es kam ihnen gar nicht in den Sinn, an der Zuverlässigkeit von so viel Wissenschaft zu zweifeln.

..wie könnte auch beispielsweise die „antizyklische Konjunkturpolitik" eine Fehlkonstruktion sein, wo doch nicht nur Karl Schiller darauf geschworen hat sondern auch die ganze Fachgelehrtschaft - und sogar Franz Joseph Strauß ! - Die Verworrenheit hat in der Tat Ausmaße angenommen, die grotesk sind.

Wann wollen unsere Politiker eigentlich merken, dass eine Methode, die partout nicht klappen will, die fortgesetzt weitere Komplikationen auslöst, über die eine Regierung zu Fall kommt, nicht richtig sein kann? Könnte es denn nicht sein, daß die „wissenschaftlichen" Ratschläge nichts taugen ? - Und könnte es nicht sein, daß die Inflation hundertprozentig aus einer Ecke kommt, die weitab von Bonn liegt und mit „antizyklischer Fiskalpolitik" überhaupt nicht tangiert wird? Was beispielsweise Herr Klagen - der auch weiterhin faule Währungen stützt und die unsrige kaputt macht - im Juni d. Js. mit 9 Milliarden D-Mark Geldschöpfung zwecks Devisenankaufs erneut eingebrockt hat, das konnte doch Karl Schiller nicht einfach mit Fiskalpolitik auslöffeln!

Sein - Schillers - Fehler war es freilich, so etwas einstmals im Prinzip für möglich gehalten und versprochen zu haben! - Das muß er büßen, darauf nageln sie ihn fest. - Aber unser ahnungsloser Bundeskanzler mit seinen ebenfalls ahnungslosen Kabinett läßt sich vom Urheber der neuen Inflationswelle beraten - und seinen für die Währung zuständigen Wirtschaftsminister den Hut nehmen! An der Politik von Karl Schiller war mancherlei auszu setzen, aber sicherlich war er der einzige Kopf in der Kabinetts-Runde, der noch auf neue Überlegungen hätte umschalten können.

Was die Wirtschaftswissenschaften - einschließlich der Finanzwissenschaft - insgesamt angeht, mehren sich allgemach die Anzeichen, dass wir in das Stadium der Götterdämmerung kommen."Beim Inflationsproblem," gibt Prof. Kurt Rotschild in der „Wirtschaftswoche" Nr. 25 vom 23.6.1972 mit entwaffnender Offenherzigkeit zu, „ist die Wissenschaft noch auf Vermutungen angewiesen"(!) und Professor Gahlen von der Universität Augsburg meint ähnliches, wenn er sagt: „eine gesicherte Basis der Wirtschaftswissenschaft gibt es nicht." - Da kann man nur beipflichten, wenn man unter „Wissenschaft" all das verstehen will, was schon lange keiner mehr auf seinen logischen Gehalt nachgeprüft hat.

Vom Sachlichen her gesehen, wäre die Lage nicht hoffnungslos. Hoffnungslos ist es nur, aus dem stets auf Angleichung bedachten Establishment heraus neue, d.h. vom Herkömmlichen abweichende Einsichten und Lösungen zu bekommen.

Fundierte Einsichten und zuverlässige Lösungsmöglichkeiten sind schon lange erreichbar.- Dem Bundeskanzler nützt das indessen heute nichts mehr. Ob es ihm in der Zukunft noch etwas nützen kann, bleibt eine offene Frage. - Vielleicht ist es nicht nur für Fernlastfahrer sondern auch für Politiker einmal angebracht, eine „Pause zu machen".

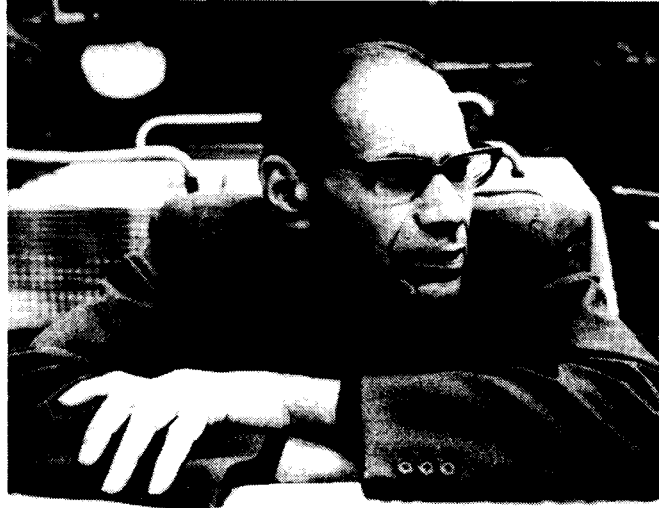
K. Walker

Die SO-Kommentare ~~erscheinen~~ in zwangloser Folge; für Mitglieder und Förderer ohne Nachdrucksrechte. Nachdrucks-Erlaubnis für Presse und Zeitschriften zu presseüblichen Bedingungen, resp. zu Honorarsätzen des Hauses und mit Quellenangabe. Bei Nachdruck erbitten wir Belege. - Verantwortlich für den Gesamt-Inhalt: KARL WALKER, 5481 Altenahr, Telefon (02643)312-

Einsam geblieben bei
der Wahrhaftigkeit

SS
da

*Gedenkschrift zum Tode
von
Karl Walker*



Herausgegeben von

Ekkehard Lindner

mit Beiträgen von

Tristan Abromeit

Prof. Dr. Felix G. Binn

Dr. Hans Doerner Hans Hoffmann

Claas-Hermann Jannssen

Ekkehard Lindner

Prof. Dr. Hanns Linhardt

Karl Walker Dr. Hans Weitkamp

Meine persönliche Begegnung mit Karl Walker

Von Prof. Dr. Hanns Linhardt

Meine erste Begegnung mit Karl Walker erfolgte 1959 anlässlich einer Gerichtsverhandlung im Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht in München. In diesem Verfahren war Karl Walker offiziell nur Zuschauer, tatsächlich aber Beklagter, denn es handelte sich um die maßgeblich vor ihm begründete Vereinigung „Wir“, ein Zusammenschluß von Produzenten, Händlern und Verbrauchern zur Verkürzung der Verteiler-Umwege und auch der Kosteneinsparung - eine durchaus legale Unternehmung, die durch die trickreichen Anwälte des bayerischen Einzelhandelsverbandes unter Berufung auf das geltende Rabattgesetz (Rabatt 3 %) zu Fall gebracht wurde. Hierüber berichte ich alsbald im einzelnen.

Meine zweite Begegnung mit Karl Walker und zugleich die letzte geschah bei der Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e. V.; ihr geistiger Initiator und Mentor war Walker bis zu seinem Tod.

Zwischen diesen beiden Begegnungen liegt eine Zeit brieflichen Verkehrs und Gedankenaustausches, der betont von den Walker stets bewegenden Fragen der Währung, des Kredits, des Geldwesens bestimmt war.

Hierin hatte er als Privatgelehrter, dem Betriebswirt gegenüber, den weiteren Horizont, zugleich aber auch die größeren Behinderungen, was den Zugang zu Quellen, amtlichem Material und die reichlichen Arbeitshilfen betrifft, die dem beamteten Fachvertreter in Form der Einrichtungen von Seminaren und Instituten, sowohl an sachlichem Behelf durch Bücher, Zeitschriften, Gutachten und Berichte, wie an persönlichem Behelf durch Assistenten und Hilfskräfte zur Verfügung steht.

Auch darüber, was die Rolle des Privatgelehrten, verglichen mit dem beamteten Wissenschaftler, betrifft, wäre ein weiteres Wort zu sagen. Es entspringt meiner Hochachtung gegenüber Karl Walker, wenn ich dies aus voller Überlegung und in genügendem Umfang tue, denn gerade darin verstehe ich als Vertreter des Professoriums die eigentliche Rolle und die spezifische Leistung Walkers auf seinem engeren Arbeitsgebiet, dem er Jahrzehnte seines Lebens und Schaffens gewidmet hat, ohne jemals von Neid und Mißgunst denen gegenüber erfüllt zu sein, die es in jeder Hinsicht leichter hatten, den Weg zur Öffentlichkeit zu finden, und die nur allzu oft diesen Weg in die Richtung gehen, die ihnen Vorteil und Anerkennung verspricht, statt im ernststen Meinungsstreit die unbequemere, wenn auch richtigere Position einzunehmen.

Ganz anders Karl Walker. Was er schriftlich von sich gab, was er der Öffentlichkeit anvertraute, war in seinem Inneren so durchdacht und abgewogen, daß es auch dem unverbildeten Verstand zugänglich war, dem Fachverstand beachtlich erscheinen mußte. Er vermied geschriebene Gedankengänge, er unterließ geschwollene Redensarten. Sein Anliegen war die Anschaulichkeit auch bei abstrakten Überlegungen. Darin sehe ich eine weitgehende Verwandtschaft mit einem der bedeutendsten Vertreter der deutschen Soziologie und Nationalökonomie, dem lange Jahrzehnte in Münster lebenden und lehrenden Professor Johann Plenge. Plenges Lehrgebäude und Gedankensystem beruhte auf dem von ihm strikt beachteten Erfordernis der Anschaulichkeit. Dies hat er bereits in seinem Erstlingswerk aus dem Jahr 1903 (neben früheren Schriften) „Das System der Verkehrswirtschaft“ niedergelegt. Als ich meine kleine Studie über „Grundlagen der Betriebsorganisation“ (1954) Plenge widmete, geschah dies im Hinblick auf seine konsequent durchgeführte, von mir in dieser Schrift übernommener Methode der Anschaulichkeit und, wo nötig, der Gewinnung und Verwendung von Anschauungsmitteln. Kein Wunder, daß meine Darstellung bei den Vertretern der mathema-

tisch-abstrakten Methode kein Verständnis fand.

Karl Walker beherrschte abstrakte Gedankengänge. Er stellte sie aber nicht unverständlich dar, sondern ließ seine Leser in seine Gedankenwerkstatt hineinschauen. Er entwickelte seine Gedanken vor dem Leser und zeigte ihre Verknüpfungen und Querverbindungen.

Von meiner ersten und meiner letzten Begegnung mit Karl Walker möchte ich noch soviel Einzelheiten berichten, wie aus der Zeit und den Umständen ein allgemeines Interesse dafür bestehen dürfte, wiewohl schon das Gedächtnis und die Verehrung von Karl Walker dafür Genüge sein könnten.

Aus der Münchener Gerichtsverhandlung ist die Begründung bemerkenswert, mit der der Vorsitzende des Senats die Ablehnung meiner Person als Sachverständigen seitens des Vertreters der Klägerin (Einzelhandelsverband) versah. Er sagte nach Wiederaufnahme der Sitzung, die durch die Beratung über den Ablehnungsantrag unterbrochen worden war: „Es besteht kein Grund, den Sachverständigen Prof. L. abzulehnen. Er ist dem Gericht vom Rektor der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg benannt. Unsere deutschen Hochschulen und Universitäten sind heutzutage die einzigen Stellen, von deren Vertretern noch ein objektives Urteil erwartet werden kann.“ Unter vier Augen sagte mir der Senatsvorsitzende: „Wir haben über den Ablehnungsantrag gar nicht beraten. Wir haben eine Zigarette geraucht.“

Meine Darlegung als Sachverständiger bezog sich darauf, daß das von der Klägerin angezogene Rabattgesetz nicht angewendet werden könne, weil dieses nur für den Rabatt des Einzelhändlers gegenüber dem Letztverbraucher im Interesse eines geordneten, nicht durch Unterbietung der Konkurrenten gefährdeten Wettbewerbs in Frage käme (Früher Rabattsparvereine, dann gesetzliche Begrenzung des Rabatts auf 3%). Im Fall des vom Rabatt gesetz geregelten Tatbestandes könne von keinerlei Zusammenfassung, Organisation, Vertragsverhältnis die Rede sein. Bei „Wir“ hingegen handle es sich um Erzeuger und Verteiler und Verbraucher und zwar in einem dauernden Rechtsverhältnis. Wenn diese untereinander Preisvergünstigungen vereinbaren, so wird kein höher stehendes Interesse dadurch gefährdet - mögen sie auch unter sich solange Vergünstigungen einräumen, bis sie nicht mehr können, d. h. bis ihr Geschäftsprinzip oder Preisgebaren ihrem Kapital bzw. ihrer Haftung sein natürliches Ende setzt. Ihre gegenseitig eingeräumten Preisvergünstigungen, ganz gleich in welcher Höhe, sind gedacht und objektiv begründet durch Kostenersparnis in der Werbung, um Vertrieb, ganz allgemein in der Übersichtlichkeit und Verkürzung der Verteilungswege.

Meine Argumentation fand in der Urteilsbegründung und im Urteil selbst keine Zustimmung. Ich vermute, daß den Juristen meine wirtschaftliche Betrachtung nicht einging. Das Verständnis dafür fehlt oft genug auch bei höheren Instanzen der deutschen Gerichtsbarkeit. In der öffentlichen Diskussion der immer mehr um sich greifenden, immer größere Schäden stiftenden Wirtschaftsverbrechen wird auch von juristischer Seite zugegeben, daß der Stand der Richter und der Anwälte nur unzureichend in Wirtschaftsfragen kundig ist und wirtschaftliche Sachverhalte nur unzulänglich beurteilen kann. Das erklärt zu einem erheblichen Teil, daß die Rechtsprechung mit den Ereignissen nicht Schritt hält und den komplizierter werdenden Sachverhalten der Konkurrenzschädigung z. B. in der Werbung, des Wuchers auf Grund nachprüfbarer Preiskalkulation, des Betrugs, z. B. im Kreditgeschäft, nicht gerecht zu werden vermag. Eindeutig geht es hier um die Rechtsprechung, nicht um die Gesetzgebung, denn an ihr wird sowieso durch ein Übermaß von immer neuen, dazu schlecht vorbereiteten und ungenügend ausgereiften Gesetzen gesündigt. Mit ihr könnte auch eine ideale Rechtsprechung von noch so gut geschulten Richtern und Anwälten nicht Schritt halten.

Dieser Situation gegenüber war es stets das Bemühen Karl Walkers, dem Vordringen des Staates Einhalt zu gebieten, den Anmaßungen der öffentlichen Verwaltung dem Übermut der Ämter nach Shakespeare, Hamlet, - entgegenzutreten und dem Freiheitsraum des Individiums eine moralische Stütze und praktischen Schutz zu bieten, wie dies nach Napoleon Benjamin Constant, Wilhelm von Humboldt und andere gefordert haben. Auch wenn man in unseren Tagen das literarische Wirken von Karl Walker mit dem von Hendrik de Man, Ortega y Gasset, Gustave le Bon nicht gleichsetzen kann, auch nicht mit dem Ringen um die Freiheit in Wirtschaft und Staat, wie es mit den Namen Ludwig Erhard, Wilhelm Röpke, Franz Böhm verbunden ist, so liegt sein geistiges Ringen in der gleichen Richtung- eine einzelne Stimme gegen das Kollektiv, das alles individuelle Leben zu überwuchern droht.

Meine letzte Begegnung mit Karl Walker war, wie schon erwähnt, bei der Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft in Koblenz im September 1972. Damals wurde mir klar, daß wir menschlich und fachlich viel gemein hatten.

Von der Teilnahme an dieser Tagung ist mir ein unauslöschlicher Eindruck erhalten geblieben: Eine Art Spannung oder Gegensatz zwischen ihm und seinen Zuhörern. Bei ihnen mußte ich eine Art Sektiererhaltung oder Bekehrungseifer feststellen, was bei Walker völlig fehlte. Aus ihm sprach Gelassenheit, Ruhe, sachliche Konzentration und Beherrschung.

Die Teilnehmer an der Tagung waren von weither und aus vielen Richtungen gekommen, aus Österreich und der Schweiz, aus allen Teilen Deutschlands, auch aus meiner Vaterstadt Nürnberg. Ich kam mit mehreren Teilnehmern ins Gespräch und konnte mir auch über die berufliche Herkunft von einigen ein Bild machen. Nur im Alter stimmten die Teilnehmer in etwa überein, es waren überwiegend ältere Personen, kaum jemand unter 40 - 50.

Aus den letzten Nachrichten von Karl Walker, die mich während des vergangenen Jahres (1975) erreichten, konnte ich entnehmen, daß er sich mit neuen Plänen der Publizistik und des mündlichen Vortrages befaßte. Er hatte in Heidelberg Interessenten für sein Planspiel gefunden. In Gießen waren Termine für seine Vorträge bereits vereinbart. Seine letzte Schrift über Geldschöpfung war ins Englische übersetzt worden und sollte demnächst erscheinen. Die Übersetzung war mir 1975 zugegangen, und ich konnte sie mit einigen Hinweisen und Ergänzungen versehen. So kann man sagen, wie es in Westfalen heißt, er ist „in den Sielen“ gestorben. Was sein irdisches Wirken angeht, so darf man feststellen, es war ein erfülltes Leben, erfüllt vom Kampf um die Wahrheit, vom Kampf um die Gerechtigkeit. Man könnte darauf Goethes Worte anwenden, die er für sich selbst prägte:

„Nicht so vieles Federlesen,

Laßt mich immer nur herein:

Denn ich bin ein Mensch gewesen,

und das heißt ein Kämpfer sein."

(West-östlicher Divan, Buch des Paradieses)

(Abschrift vom 25. 2. 2001 / Karl Walker starb am 5. Dezember 1975, Das von ihm angeregte Projekt der Gründung einer kleinen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsstelle hier am Steinhuder Meer, konnte nicht mehr realisiert werden.)